

# Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

## Massenstreiks in Frankreich

**Die französische  
Arbeiterklasse  
und »Maastricht«**

**Der »Plan Juppé«  
und seine Folgen**

**Die Rentenkassen  
des Öffentlichen  
Sektors**

**Der Sozialabbau  
seit 1980**

**Die alten und  
neuen französischen  
Gewerkschaften**

**Interview mit  
einem Angestellten  
der Eisenbahn-  
gesellschaft**

**Gespräch mit  
einem Aktiven der  
Lehrergewerkschaft  
FSU**

**Streiks und  
Demonstrationen  
in der Provinz**

**Italien:  
Sozialabbau  
geht weiter**



## Abwehrkämpfe in Frankreich – was uns das angeht...

Angesichts der Tatsache, daß in der BRD das soziale Netz immer brüchiger und dünner wird, fürchtet die herrschende Klasse, daß auch hier der Widerstand gegen den Sozialabbau losbrechen könnte. Noch ist die Mehrheit der abhängigen Beschäftigten in der BRD bereit – wenn auch mit zunehmendem Murren – die von ihnen verlangten Opfer hinzunehmen, in einer von Angst genährten Hoffnung, daß der Absturz in soziale Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit so verhindert oder zumindest abgefedert werden könne.

Es wundert nicht, daß das führende französische Presseorgan, »LeMonde«, den streikenden französischen KollegInnen empfehlen, sich »die Deutschen« zum Vorbild zu nehmen, weil diese sich ruhig verhielten und auf das von den Gewerkschaftsvorständen vorgeschlagene »Bündnis für Arbeit« mit Regierung und Unternehmern gewisse Erwartungen setzten.

Wenn sich jedoch die Kolleginnen und Kollegen in der Bundesrepublik in die »Jagd um Standortvorteile« einspannen lassen, anstatt den KollegInnen in den Nachbarländern Europas, die gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau kämpfen, ein sichtbares Beispiel praktischer Solidarität zu geben, droht ihnen für die Zukunft eine große Gefahr: Da die Beschäftigten in den anderen Ländern die Folgen dafür tragen sollen, daß die dortigen Unternehmer dem deutschen Kapital unterlegen sind, könnten sie der Propaganda ihrer herrschenden Klassen zum Opfer fallen, die zunehmend von »den Deutschen« spricht.

Die »Welt« berichtet, daß die Stimmungslage der Beschäftigten von Fokker nach dem Rückzug Daimlers aus dem Unternehmen mit u.a. folgender Bemerkung kommentiert werde: »Den Deutschen habe ich von Anfang an nicht vertraut«. Die »Welt« schreibt dazu: »Es ist einer von jenen Sätzen ausländischer Ressentiments, wie sie die Amsterdamer Zeitung 'Volkskrant' gerne als Schlagzeile druckt. Nicht wenige denken so bei Fokker.«

Wir müssen – auch wenn unsere eigenen Kräfte heute noch schwach sind – überall dort, wo es uns möglich ist, Signale geben, daß wir nicht gegen unsere Klassenkollegen und Kolleginnen in anderen europäischen Ländern konkurrieren, sondern mit ihnen gemeinsam kämpfen wollen.

Immer notwendiger wird es, einen Beitrag zur Klassen-solidarität über die Grenzen hinweg zu leisten; eine wichtige Voraussetzung dafür ist die Solidarität der Beschäftigten im eigenen Land bei den sozialen Abwehrkämpfen hier.

In diesem Zusammenhang stand auch eine vom Ortsverein Hamburg der IG Medien einberufene Informations- und Solidaritätsveranstaltung für die streikenden französischen GewerkschafterInnen, auf der ein französischer Gewerkschaftsvertreter, Vertrauensmann in einem Betrieb der Papierverarbeitung in Frankreich, von den Auseinandersetzungen berichtete. Gefragt nach der Unterstützung, die die deutschen Kolleginnen und Kollegen ihren französischen KollegInnen geben könnten, erwiderte er: »Ihr helft uns am meisten, wenn ihr im eigenen Land den Kampf gegen den Sozialabbau aufnehmt.«

25.1.96 ■

**Danke für 1995:** Allen Lesern und Freunden der »Informationsbriefe Arbeiterpolitik«, die uns 1995 politisch und materiell durch Abonnements und Spenden unterstützt haben, sei hiermit gedankt. Leider hat es 1995 nur zu vier Ausgaben gereicht – wir werden uns in 1996 um einen Ausgleich bemühen.

Wir sind weiterhin auf materielle Unterstützung bei der Herausgabe der »Arbeiterpolitik« angewiesen – jede Spende ist deshalb willkommen. ■

**Ermütigung:** Eine junge Leserin setzte unter die Bestellung eines Buches »Westblock-Ostblock« folgende Zeilen: »... bitte ich um Zusendung per Rechnung (Nachnahme zu teuer, bin Schülerin!). Übrigens: Wenn's die Arbeiterpolitik nicht geben würde, wäre ich genau so'n toter Fisch wie so viele andere! Macht weiter so! Viele solidarische Grüße, M.«

Danke, M., Du auch. Die Red.■

**Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:**

- **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14-16
- **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46
- **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b
- **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8
- **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1
- **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Rote Straße 10
- **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a
- **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Straße / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße
- **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6
- **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27
- **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3
- **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120
- **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

## INHALT

Abwehrkämpfe in Frankreich – was uns das angeht . . . . .	2
Der Kampf der französischen Arbeiterklasse und das Abkommen von Maastricht . . . . .	3
Massendemonstrationen und -streiks gegen den Sozialabbau in Frankreich . . . . .	5 – 18
Die Rentenkassen des Öffentlichen Sektors . . . . .	6
Was der »Plan Juppé« an neuen Abgaben vorsieht . . . . .	6
Das französische Sozialversicherungssystem . . . . .	8
Der Angriff auf die Sozialleistungen seit 1980 . . . . .	10
Die Auseinandersetzungen von 1993/94 . . . . .	11
Die Struktur der französischen Gewerkschaften . . . . .	14
Die neuen Akteure in der gewerkschaftlichen Landschaft . . . . .	15
Interview mit einem Angestellten der staatlichen Eisenbahngesellschaft SNCF . . . . .	19
Gespräch mit einem Aktiven der Lehrgewerkschaft FSU . . . . .	21
Streiks und Demonstrationen in der Provinz . . . . .	23
<b>Italien:</b> Auch ohne Berlusconi – Sozialabbau geht weiter . . . . .	25

## Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübke  
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.  
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:  
 GFSA e.V. · Postbox 106426 · D-20045 Hamburg



## Der Kampf der französischen Arbeiterklasse und das Abkommen von Maastricht

Die Massendemonstrationen und Massenstreiks Ende letzten Jahres in Frankreich sind von großer Bedeutung für den Widerstand aller nationalen Arbeiterklassen in Europa gegen die Angriffe des Kapitals wie auch die politische Herausbildung einer gemeinsamen europäischen Arbeiterbewegung. Die streikenden Beschäftigten des öffentlichen Sektors und die demonstrierenden Arbeiter, Angestellten, Beamten, Studenten, Schüler und arbeitslosen Jugendlichen haben den Regierungen der EU-Staaten und dem europäischen Kapital gezeigt, daß bei einem weiteren Sozialabbau mit stärkerem Widerstand seitens der Arbeiterklasse als bisher gerechnet werden muß. Das Scheitern der von Italiens ehemaligem Ministerpräsident Berlusconi geplanten »Rentenreform« (siehe den Artikel zu Italien in dieser Nr. der »Arbeiterpolitik«) war schon ein Signal dafür, daß die Bereitschaft der Bevölkerung, jede Verschlechterung ihres Lebensstandards unter Hinweis auf die bevorstehende europäische Währungsunion zu akzeptieren, nicht grenzenlos ist.

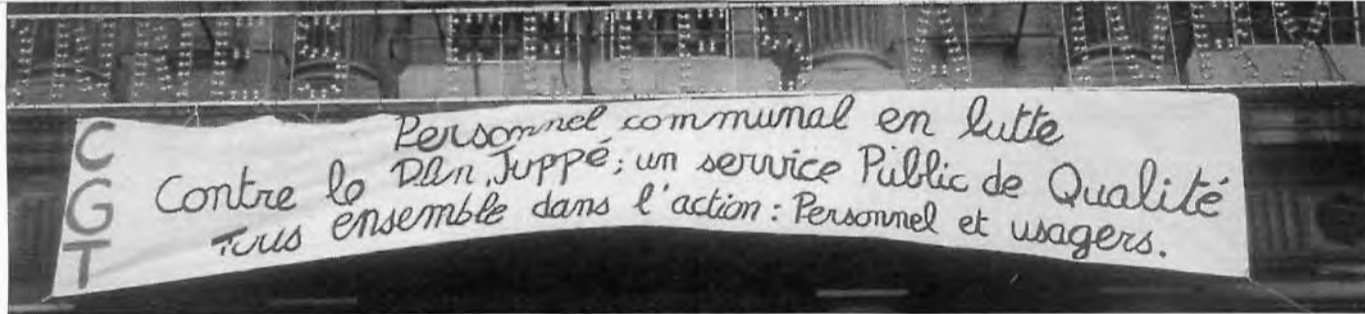
Die Auseinandersetzung in Frankreich übertraf aber bei weitem das Ausmaß der Proteste in Italien. Erstmals seit dem Ende der 60er Jahre haben große Teile einer westeuropäischen Arbeiterklasse wieder zum Mittel des Massenstreiks gegriffen. In dieser massiven Form haben sie den Kampf gegen den (unter Hinweis auf die Bestimmungen des Maastricht-Abkommens) überall in Westeuropa erfolgenden Sozialabbau aufgenommen und sind in einer Reihe von Punkten auch erfolgreich gewesen. Obwohl sie sich in einigen wichtigen Fragen nicht haben durchsetzen können, hat sich das politische Klima dennoch geändert. Ihr Kampf hat zum einen gezeigt, daß Widerstand gegen die scheinbar übermächtigen Gegner in den Chefetagen der Unternehmen und in den Regierungen nicht von vornherein aussichtslos

ist, sondern durchaus Erfolgsaussichten hat. Die in Westeuropa, besonders in Deutschland von den meisten Beschäftigten bisher relativ widerspruchslos akzeptierten Notwendigkeiten der Weltmarktkonkurrenz, sind in Frage gestellt worden.

Zum anderen ist es mit den durch den Streik erzielten Erfolgen fraglich, ob Frankreich die Kriterien für die Aufnahme in die europäische Währungsunion bis 1998 überhaupt noch erfüllen kann. Die Zugeständnisse der Regierung an die Beschäftigten des öffentlichen Sektors lassen das zweifelhaft erscheinen. Die notwendige drastische Senkung der Staatsausgaben in den nächsten zwei Jahren ist angesichts der Resultate des Streiks und der im Streik gezeigten Kampfbereitschaft der Staatsbediensteten wohl kaum durchzusetzen. Damit aber sinkt auch der politische Druck auf alle anderen westeuropäischen Arbeiterklassen. Daß eine europäische Währungsunion ohne Frankreich gebildet wird, hält so gut wie niemand für denkbar. Da die französische Regierung alle Kriterien nach Lage der Dinge aber kaum erfüllen können, brauchen die anderen Länder es dann auch nicht mehr. Das bei großen Teilen der Bevölkerungen bislang ziemlich zugkräftige Argument, man werde den Anschluß an das gemeinsame Europa und damit zum Teil auch an den europäischen Markt verlieren, sollte man die in Maastricht vereinbarten Aufnahmebedingungen nicht erfüllen können, verliert damit deutlich an Gewicht. Es wird den Regierungen und den Unternehmern in Zukunft schwerer fallen, die auch weiterhin geplanten tiefen Einschnitte bei den Sozialleistungen mit den scheinbar alternativlosen und damit fast naturgesetzliche Qualität gewinnenden Beschlüssen von Maastricht zu begründen.

Die Massenstreiks in Frankreich könnten damit das Gegenstück zur Niederlage der britischen Bergarbeiter vor einem Jahrzehnt bilden. Markierte diese Niederlage damals





» DAS PERSONAL DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES IM KAMPF GEGEN DEN PLAN JUPPÉ. FÜR EINEN ÖFFENTLICHEN DIENST MIT QUALITÄT: ALLE KÄMPFEN ZUSAMMEN: BESCHÄFTIGTE UND KUNDEN.«

das Ende einer Epoche, die zunächst vom Kampf der Arbeiter um Verbesserungen und später dann von ihrem Kampf gegen den beginnenden Abbau der erkämpften Errungenschaften und die massive Umstrukturierung der Industrie geprägt war, so könnte der Kampf der französischen Arbeiter, Angestellten und Beamten des öffentlichen Sektors eine neue Phase in der Auseinandersetzung um den in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg von den Arbeiterklassen der größeren westeuropäischen Länder durchgesetzten sogenannten »Wohlfahrtsstaat« eröffnen. Herrschte aufseiten der Beschäftigten bislang eher Rat- und Alternativlosigkeit vor, wenn das Kapital zum Angriff auf die sozialen Besitzstände blies, so könnte sich das in Zukunft ändern.

Die Tatenlosigkeit der Arbeiterklassen Westeuropas bedeutete auch bislang nicht, daß sie die Pläne ihrer Regierungen akzeptierten. Der »Wohlfahrtsstaat« wird von ihnen weiterhin überwiegend positiv gesehen. Sie sahen nur keine realistische Chance, den Abbauplänen Widerstand entgegenzusetzen. Deshalb schien vielen die Anpassung an die Kapitalpläne in der Hoffnung, so vielleicht zumindest ein bißchen mit zu den »Gewinnern« des Kampfes um Weltmarktanteile zu zählen, die einzige Möglichkeit zu sein. Die deutschen Gewerkschaften haben diesen Weg bisher aufgrund der dominierenden Stellung Deutschlands in Europa und ihrer extrem sozialpartnerschaftlichen Tradition besonders eindeutig eingeschlagen. Das Angebot des IGM-Vorsitzenden Zwickel an Staat und Kapital, einen Pakt für Arbeit abzuschließen und dafür auch die Einstellung von Langzeitarbeitslosen unter Tarif und erhebliche Lohnzugeständnisse in den nächsten Tarifrunden hinzunehmen, zeigt ihre Strategie sehr deutlich (siehe dazu die Artikel zu den Gewerkschaftstagen in der nächsten Nr. der »Arbeiterpolitik«).

Dieser Politik der Kooperation mit dem Kapital, die auch in den anderen westeuropäischen Gewerkschaften immer mehr Anhänger gefunden hat, stellt der dreiwöchige Kampf in Frankreich eine Alternative gegenüber. Kampf statt Anpassung, so könnte die Parole in Zukunft häufiger heißen. Die Niederlage, die die Vorsitzende der sich am DGB orientierenden französischen Gewerkschaft CFDT dadurch erlitten hat, daß große Teile ihrer Mitgliedschaft im öffentlichen Sektor sich gegen den Willen der Führung an dem Streik und den Demonstrationen beteiligt haben, könnte ein Omen für die weitere Entwicklung sein.

Ebenso wichtig für die Zukunft ist auch die Tatsache, daß es in Frankreich erstmals seit dem Mai 1968 zumindest teilweise wieder zu einem gemeinsamen Kampf von größeren Teilen der Arbeiterklasse und der Jugend gekommen ist. Auch wenn die Beschäftigten der Privatwirtschaft nur sehr begrenzt an den Streikaktionen teilgenommen haben und die Studenten ihre Demonstrationen und Streiks schon vor dem Ende des Streiks im öffentlichen Sektor beendet haben, so ist die zeitweise Verbindung der Kämpfe doch außerord-

entlich wichtig, verknüpft sie doch erstmals seit über 25 Jahren wieder die Kräfte beider. In einzelnen Städten wie etwa Marseille, Rouen oder Toulouse stellten Arbeitslose, Jugendliche aus den Vorstadtghettos, Schüler und Studenten zeitweise bis zu 50 Prozent der Demonstranten. Im gemeinsamen Kampf überwinden sie zumindest für einige Wochen die Kluft zwischen den verschiedenen Gruppen. So spielten rassistische oder nationalistische Töne bei den Demonstrationen keine Rolle. Der falsche Gegner entschwand in dem Maße aus dem Gesichtsfeld, wie der richtige ins Visier genommen wurde. Le Pen machte aus seiner Sicht denn auch einen großen politischen Fehler, als er anfangs meinte, sich gegen den Streik wenden zu können. Er stieß dabei auf die heftige Kritik der proletarischen Teile seiner Wählerschaft, die ganz überwiegend hinter dem Streik standen.

Die Auseinandersetzung in Frankreich stellt den ersten entschlossenen Abwehrkampf von größeren Teilen einer westeuropäischen Arbeiterklasse gegen den im Namen von Maastricht und Weltmarktfähigkeit überall stattfindenden Sozialabbau dar. Obwohl die weitgehend fehlende Streikbereitschaft der Beschäftigten in der Privatwirtschaft, die nur zeitweise erfolgende Verbindung der Kämpfe von Arbeiterklasse und Jugend sowie der teilweise Erfolg der Regierung allzu große Erwartungen auf eine Renaissance einer kämpfenden Arbeiterklasse dämpfen, spricht doch einiges dafür, daß mit diesem Konflikt ein Wendepunkt erreicht ist, daß die Arbeiterklassen Westeuropas sich den Angriffen des Kapitals in Zukunft energischer als bislang widersetzen werden.

Diese Gefahr sieht auch die Gegenseite. Nicht nur führende Gewerkschaftsvertreter hierzulande, sondern auch die Kommentatoren in den Medien, Politiker aller Bonner Parteien und selbst wichtige Repräsentanten des Kapitals betonen angesichts der Auseinandersetzung in Frankreich in jüngster Zeit immer wieder, wie wichtig ihnen die in Deutschland gepflegte Form der Sozialpartnerschaft ist. Sie hat mit ihrem System von inoffiziellen Absprachen und Tarifrivalen, die den »sozialen Frieden« nach Möglichkeit nicht gefährden, entscheidend dazu beigetragen, daß es bei der kontinuierlichen Demontage sozialer Errungenschaften in der Bundesrepublik bisher zu keinen größeren sozialen Konflikten gekommen ist. Das Kapital ist trotz aller öffentlich vorgetragenen Angriffe auf den Sozialstaat bisher auch nicht daran interessiert, den deutschen Typus von Sozialpartnerschaft generell in Frage zu stellen und die Gewerkschaften so stark wie in Frankreich zu schwächen. Inwieweit sie diese Haltung angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten künftig beibehalten können oder wollen, ist allerdings nicht klar. Lehren aus dem Streik in Frankreich zu ziehen, ist deshalb auch hierzulande für alle diejenigen wichtig, die sich gegen die zu erwartenden weiteren Angriffe des Kapitals zur Wehr setzen wollen. 20.1.96 ■



LYON: EISENBAHNER FEIERN IN EINER LOKOMOTIVE IHREN SIEG

## Massendemonstrationen und -streiks gegen den Sozialabbau in Frankreich

Mitte November bis Mitte Dezember letzten Jahres kam es in Frankreich zur größten sozialen Auseinandersetzung seit dem Mai 1968. Der Konflikt brach an den Universitäten aus und weitete sich Ende November rasch auf die gesamte französische Gesellschaft aus. Am 30. November demonstrierten schon 160 000 Studenten gegen die katastrophale Situation an den französischen Universitäten. Im Rahmen von sechs landesweiten Aktionstagen zwischen dem 24. November und dem 16. Dezember nahmen dann nach Schätzungen des Innenministeriums insgesamt 3,5 Mio. Menschen an Demonstrationen in nahezu allen größeren Städten des Landes teil, nach Schätzungen der Gewerkschaften sogar zwischen fünf und sieben Mio. Ihren Höhepunkt erreichten die Demonstrationen am 12. Dezember, an dem selbst das Innenministerium von 985 000 Demonstranten sprach, während die Gewerkschaften sogar zwei Mio. Teilnehmer zählten<sup>1)</sup>.

Die größte Demonstration fand dabei erwartungsgemäß in Paris mit bis zu 300 000 Teilnehmern statt. Bezogen auf die Bevölkerungszahl lag die Beteiligung in anderen Städten aber deutlich höher. So strömten in Marseille mit seinen rund eine Mio. Einwohnern bis zu 150 000 Demonstranten auf die Straße, in Toulouse mit seinen ca. 365 000 Einwohnern bis zu 100 000 und in Rouen mit seinen nur gut 100 000

Einwohnern gar bis zu 80 000, was ungefähr zehn Prozent der Bevölkerung des gesamten Départements entspricht. In manchen kleineren Städten wie etwa Roanne beteiligte sich bis zu einem Viertel der Bevölkerung an Demonstrationen, die zwei Wochen lang fast jeden Tag durchgeführt wurden.

Zeitgleich mit diesen Massendemonstrationen fanden auch die umfangreichsten Streiks der letzten 25 Jahre statt. Für drei Wochen wurde der gesamte Eisenbahnverkehr in Frankreich ebenso komplett lahmgelegt wie auch der Nahverkehr im Großraum Paris. Die Verkehrsbetriebe in vielen anderen Städten wurden ebenfalls zumindest mehrere Tage bestreikt. In über 100 der insgesamt 130 Verteilerzentren der Post (PTT) wurde die Postverteilung erfolgreich blockiert, und große Teile der Lehrerschaft bestreikten die Schulen. Die Beschäftigten der französischen Elektrizitäts- und Gasgesellschaft EDF-GDF waren ebenso an Streikaktionen beteiligt wie die der Telefongesellschaft Télécom oder Teile der Bediensteten des öffentlichen Gesundheitswesens und der Finanz- und Zollverwaltung. In der Privatwirtschaft blieb es allerdings bei vereinzelt Sympathiestreiks von einigen Stunden Dauer. Trotz der Begrenzung auf den öffentlichen Sektor und der erheblichen Schwierigkeiten im Alltag wurden die Streiks von der Mehrheit der französischen Bevölkerung bis zum Schluß unterstützt. Zwar sank der Prozentsatz der Zustimmung im Verlauf der drei Wochen von anfangs ca. 70 Prozent auf nur noch gut 50 Prozent, zu einem Umschlagen der Stimmung kam es jedoch bis zum Schluß nicht. Die zwei Versuche der Gaullisten, in Paris Gegendemonstrationen zu organisieren, scheiterten mit nur 1500 bis 2000 Teilnehmern, großteils kleine Geschäftsleute, kläglich.

### Die Regierung Juppé ist überrascht über den Widerstand gegen ihre Pläne

Umfang und Dauer der Demonstrationen und Streiks kamen für die Regierung Juppé überraschend. Obwohl es in den letzten Jahren immer wieder zu einzelnen, zum Teil auch größeren Streiks und zu Konflikten zwischen den Stu-

1) Alle folgenden Zahlen entstammen, soweit sie den aktuellen Konflikt betreffen, überwiegend französischen Zeitungen wie vor allem der »Le Monde«, zu einem geringeren Teil Flugblättern verschiedener Gewerkschaften und linker Organisationen aus Frankreich sowie in einzelnen Fällen deutschsprachigen Zeitungen wie der »Neuen Züricher Zeitung«, der »Süddeutschen Zeitung«, der »Zeit« und dem »Spiegel«. Allgemeine Zahlen kommen aus verschiedenen Berichten der OECD, Statistiken der statistischen Ämter Frankreichs und Deutschlands sowie Büchern über Frankreich. Da ein Quellenhinweis hinter jeder Zahlenangabe den Text enorm aufgebläht und schlechter lesbar gemacht hätte, haben wir darauf verzichtet.

dentem bzw. den Jugendlichen der Banlieus (Vorstädte) und der Polizei gekommen war (siehe den Kasten zu den Konflikten in Frankreich 1993/94), hatte doch niemand in der Regierung damit gerechnet, daß die im sogenannten Plan Juppé zusammengefaßten Maßnahmen zur Senkung der Staatsverschuldung zu einer derartigen Unruhe in der Bevölkerung führen würden. Der Plan Juppé, der vom Unternehmerverband CNPF ganz entschieden begrüßt wurde, unterscheidet sich auf den ersten Blick nämlich weder in seiner Zielsetzung noch in der Gesamtgröße der zusätzlichen Belastungen für die Bevölkerung von anderen, schon vorher beschlossenen und ohne größere Auseinandersetzungen durchgesetzten Sparmaßnahmen.

So führte allein die gleich nach dem Antritt der Regierung Juppé verabschiedete Erhöhung der Mehrwertsteuer von 18,6 auf 20,6 Prozent zu einer Erhöhung der Steuerlast um jährlich 58,3 Mrd. Francs. Die im Plan Juppé für die Allgemeinheit vorgesehenen Belastungen zur finanziellen »Sanierung« der Sozialversicherung »sécurité sociale« schlagen dagegen 1996 mit »nur« 32 Mrd. und 1997 dann mit 50 Mrd. Francs zu Buche. Im einzelnen entfallen davon auf die geplante Sondersteuer von 0,5 Prozent auf alle Einkommen (RDS) 25 Mrd. jährlich, auf die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Rentner und Arbeitslose sieben Mrd. im nächsten und 15 Mrd. im übernächsten Jahr, auf die für 1997 geplante Einbeziehung der bisher steuerfreien Familienbeihilfen in die Versteuerung – 300 000 Familien rutschen dadurch in den Bereich der zu versteuernden Einkommen und verlieren eine Reihe von Vergünstigungen, die an die Nichtbesteuerung gebunden sind – weitere sechs Mrd. so wie auf die ebenfalls für 1997 vorgesehene Ausweitung des (schon unter dem sozialistischen Ministerpräsidenten Rocard eingeführten und 1993 dann auf 2,4 Prozent etwas mehr als verdoppelten) Sozialzuschlags (CSG) auf alle Einkommensarten noch einmal vier Mrd. Francs (siehe Kasten zum »Plan Juppé«). Auch die vorgesehene Heraufsetzung der Rentenbeitragszeiten von 37,5 auf 40 Jahre für die ca. fünf Mio. Angehörigen des öffentlichen Dienstes ließ keine so massiven Aktionen erwarten, war dieselbe Verlängerung für die Beschäftigten in der Privatwirtschaft doch vor zwei Jahren ohne größere Gegenwehr durchgesetzt worden.

Außerdem rechnete die Regierung offensichtlich damit, daß die Bevölkerungsmehrheit ihrer Argumentation folgen würde, daß die Einsparungen nötig seien, um die Kriterien des Maastricht-Vertrages über die europäische Währungsunion erfüllen zu können. Zu diesem Zweck muß das staatliche Haushaltsdefizit von derzeit noch ca. 5,5 Prozent auf unter drei Prozent gedrückt werden. Die allgemeine »sécurité sociale« (siehe den Kasten zum französischen Sozialversicherungssystem) spielt dabei eine zentrale Rolle, weil sie nicht nur ein Gesamtdefizit von ungefähr 250 Mrd. Francs aufweist, sondern in diesem Jahr noch weitere 64,5 Mrd. dazukommen, 13,5 Mrd. mehr als veranschlagt. Davon entfallen auf die Krankenversicherung allein 36,5 Mrd. Francs. Statt der zwischen den Ärzteverbänden und den Krankenkassen für 1994 vereinbarten dreiprozentigen Steigerung der Ausgaben für das Gesundheitswesen waren diese im letzten Jahr mit sieben Prozent um mehr als das Doppelte gestiegen.

Die Renten im öffentlichen Sektor stellten einen weiteren zentralen Angriffspunkt für die Regierung dar. Das gesamte französische Rentensystem gilt im internationalen Vergleich als sehr teuer. Ein verheirateter Arbeiter mit Durchschnitts-

lohn und voller Beitragszeit erhält zum Beispiel eine Rente, die 83 Prozent seines Endlohns ausmacht, verglichen mit nur 69 Prozent in Deutschland. Außerdem kamen schon Ende der 80er Jahre 55,9 Rentner auf 100 Beschäftigte gegenüber nur 31,8 in Deutschland, weil das gesetzliche Rentenalter in Frankreich mit 60 Jahren um fünf Jahre unter dem aller anderen großen Industrieländer liegt. Der Anteil aller Renten am gesamten Bruttosozialprodukt liegt dementsprechend um 30 Prozent höher als in der BRD.

Im öffentlichen Sektor mit seinen vielen Spezialrentenkassen für die einzelnen Beschäftigtengruppen (siehe Kasten zu den Rentenkassen im öffentlichen Sektor) sind die Aufwendungen für die Renten besonders hoch. Bei einem Anteil der Staatsbeschäftigten von über 25 Prozent gegenüber nur 15 Prozent in Deutschland wird klar, wie wichtig eine Reduzierung der Rentenzahlungen für die geplante Verringerung der Staatsausgaben ist. Gehälter und Pensionen für die Staatsbediensteten machen inzwischen über ein Drittel der gesamten Staatsausgaben aus. So muß der französische Staat allein für die Pensionäre der staatlichen Eisenbahngesellschaft SNCF jährlich über 13 Mrd. Francs zuschießen, weil ihre Anzahl die der aktiven Eisenbahner um ungefähr 100 Prozent übersteigt. Das ist mehr als ein Drittel der gesamten Zuschüsse an die SNCF. Für die Unternehmen wie den Staat ist eine Reduzierung der Kosten für die Sozialversicherung auch deshalb von besonderem Interesse, weil ihr Anteil erheblich höher liegt als in Deutschland. Von den 34 Prozent, die die Sozialversicherungsbeiträge an den gesamten Lohnkosten ausmachen, müssen sie ungefähr zwei Drittel zahlen gegenüber ca. einem Drittel, das von den Einkommen der Beschäftigten abgezogen wird.

---

## Beschäftigungsgruppen des öffentlichen Sektors, für die spezielle Rentenkassen existieren

### Für Beamte des Staates:

*2,5 Mio. Beitragszahler für 1,7 Mio. Rentner*

### Für Beamte der Gebietskörperschaften und Krankenhäuser: 1,5 Mio. Beitragszahler für 497 000 Rentner

### Für Staatsbedienstete (Arbeiter):

*84 000 Beitragszahler für 112 300 Pensionäre*

### Für Beschäftigte bei der Eisenbahn (SNCF):

*189 000 Beitragszahler für 350 000 Rentner*

### Für Beschäftigte der Gas- und Elektrizitätswerke

**(EDF-GDF): 150 000 Beitragszahler für 136 000 Rentner**

### Für die Pariser Nahverkehrsbediensteten (RATP):

*70 000 Beitragszahler für 43 000 Rentner*

### Für die Beschäftigten der Bank von Frankreich:

*29 000 Beitragszahler für 14 000 Rentner*

### Für Bergleute (Privatsektor):

*35 000 Beitragszahler für 270 000 Pensionäre*

**Für Beschäftigte des: Comédie Française, Pariser Industrie- und Handelskammer, Pariser Nationaloper, des Hafens von Strasbourg, die Seeleute (Privatsektor), Anwalts- und Notarsangestellte, Bedienstete der Sozialversicherungskasse der Bergleute, Senatspersonal, Personal der Nationalversammlung.** ■

---

Die Umstrukturierung und Privatisierung der staatlichen Unternehmen stellt den dritten großen Posten in den Sparplänen dar. Bei der SNCF fällt ein jährliches Defizit von gut 38 Mrd. Francs an, bei einer Gesamtverschuldung von ungefähr 200 Mrd. Diese Entwicklung sollte durch umfangreiche Streckenstilllegungen und den Abbau von mindestens 30 000 Arbeitsplätzen gestoppt werden. Bei der Télécom und der staatlichen Gasgesellschaft GDF hoffte man auf weitere Privatisierungserlöse. In den Jahren 1993 und 1994 hatte der Staat durch den Verkauf oder Teilverkauf von Banken, Versicherungen, Industriefirmen wie Rhône-Poulenc oder Renault und des Ölkonzerns Elf-Aquitaine immerhin mehr als 110 Mrd. Francs eingenommen.

### »Ras-le-bol« – Die Schnauze voll haben

Warum Maßnahmen, die von der Bevölkerung bisher im großen und ganzen geschluckt wurden, diesmal auf so einen heftigen Widerstand gestoßen sind, läßt sich am ehesten mit einem allgemeinen Gefühl erklären, das Demonstranten und Streikende immer wieder geäußert haben. Man hat die Schnauze einfach voll (»ras-le-bol«). Es sind nicht die einzelnen Maßnahmen des Plan Juppé, es ist die Gesamtsituation, die die Leute auf die Straßen getrieben hat. Die Lohnsteigerungen lagen in den letzten zehn Jahren kaum noch oberhalb der Inflationsrate. Die Lohnquote, das heißt der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen ist zwischen 1980 und 1994 von 75 Prozent auf 68,4 Prozent gesunken, obwohl der Anteil der abhängig Beschäftigten an den Erwerbstätigen von 84,2 Prozent auf 88,4 Prozent gestiegen ist, es bei gleichbleibenden Einkommensverhältnissen also zu einem Anstieg der Lohnquote hätte kommen müssen. Der Anteil der Einkommen aus »Unternehmertätigkeit« und Vermögen erhöhte sich dagegen trotz eines Rückganges der Anzahl der Selbständigen um über ein Viertel im gleichen Zeitraum von 25 Prozent auf 31,6 Prozent. Außerdem sind die Steuern und die Sozialabgaben durch die verschiedensten Maßnahmen seitens des Staates ständig ange-

2) Die Einkommenssteuer beträgt im Durchschnitt 11,3 Prozent.

hoben worden (siehe den Kasten zu den verschiedenen Sparmaßnahmen vor allem im Gesundheitsbereich). Beispielsweise ist der Beitragssatz zur Basisrentenversicherung für die Beschäftigten zwischen 1981 und 1991 von 4,7 auf 7,6 Prozent gestiegen, während der Satz für die Unternehmen stabil geblieben ist.

Für die meisten Franzosen sind die Realeinkommen deshalb in den letzten 10 bis 15 Jahren kaum gestiegen oder sogar gesunken. Facharbeiter verdienen – bei Lebenshaltungskosten, die den deutschen vergleichbar sind – nach Abzug der Sozialabgaben, aber vor Abzug der Steuern<sup>2)</sup> im Durchschnitt ungefähr 7500 Francs (ca. 2175 DM) pro Monat, mittlere Angestellte gut 10 000, einfache Angestellte ca. 7000 und angelernte Arbeiter nur gut 6000 Francs. Der gesetzlich garantierte Mindestlohn liegt bei ungefähr 4985 Francs. Insgesamt kommt fast die Hälfte der Beschäftigten auf weniger als 8500 Francs (ca. 2465 DM) brutto monatlich. Bei den Eisenbahnern verdienen sogar 60 Prozent weniger als 8000 Francs brutto. Nur unwesentlich besser ist es bei den Pariser Verkehrsbetrieben (RATP). So bekommt ein 48jähriger Kontrolleur nach 20 Jahren Schichtdienst brutto nicht mehr als 8200 Francs zuzüglich einer Prämie für den Schichtdienst von noch einmal 2000 Francs, und das bei den erheblich über dem Landesdurchschnitt liegenden Lebenshaltungskosten in Paris. Eine 37jährige Kontrolleurin ohne Schichtdienst mit einem Kind bringt es insgesamt sogar nur auf 8600 Francs.

Zugleich beträgt die Quote der Arbeitslosen in Frankreich seit einem Jahrzehnt zehn Prozent und mehr. In der Industrie ist seit 1980 jeder vierte Arbeitsplatz abgebaut worden (gegenüber »nur« ca. zehn Prozent in Westdeutschland). Auch im öffentlichen Sektor hat es zum Teil deutliche Personaleinsparungen gegeben. Bei der staatlichen Eisenbahngesellschaft SNCF beispielsweise ist die Anzahl der Beschäftigten zwischen 1980 und 1993 von 253 000 auf 192 000 reduziert worden. Die Arbeitslosenquote liegt dementsprechend mit augenblicklich 11,5 Prozent auch im internationalen Vergleich sehr hoch. Besonders betroffen sind die unter 25jährigen mit einer Arbeitslosenrate von über 25 Prozent und die Ungelernten mit einer von über 21 Prozent. Weiter auf Seite 9 →

## Die Veränderungen des »Plan Juppé« bei Steuern und Sozialbeiträgen

Art der Abzüge	Betroffene Bevölkerung	Aktueller Satz	Neuer Satz	Datum d. Inkraftsetzung	Dauer	Ertrag
RDS (Sondersteuer)	Alle Haushalte mit einem Einkommen über 3.322 FF pro Monat	----	0,5 Prozent des gesamten Bruttoeinkommens	1. Januar 1996	13 Jahre	25 Mrd. pro Jahr
Erhöhung der CSG (Sozialzuschlag)	Alle Haushalte (es gibt Ausnahmen)	2,4 Prozent	unbestimmt	1. Januar 1997		4 Mrd.
Einbeziehung der Familienbeihilfen in die Steuerveranlagung	Familien mit mind. 2 Kindern (300.000 Fam. werden dann erstmalig veranlagt)	----	identisch mit dem Einkommenssteuersatz	1. Januar 1997		6 Mrd. pro Jahr
Krankenversicherungsbeiträge	Steuerveranlagte, Rentner und Arbeitslose, deren Bezüge über dem SMIC (gesetzlicher Mindestlohn) liegen	1,4 Prozent der Grundrente	2,6 Prozent	1. Januar 1996	1 Jahr	7 Mrd. in 1996 15 Mrd. pro Folgejahr
			3,8 Prozent	1. Januar 1997	unbestimmt	
		2,4 Prozent der Zusatzrente	3,6 Prozent	1. Januar 1996	1 Jahr	
			4,8 Prozent	1. Januar 1997	unbestimmt	
1,4 Prozent des ALG	2,6 Prozent	1. Januar 1996	1 Jahr			
	3,8 Prozent	1. Januar 1997	unbestimmt			

# Das französische Sozialversicherungssystem

Mit der Bismarckschen Sozialgesetzgebung wurden im Deutschen Reich schon in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts die Grundlagen des heutigen Sozialversicherungssystems gelegt. In Frankreich kamen um 1900 nur etwa eine Million Arbeiter (-familien) in den Genuß von Versicherungsleistungen: Der einzelne mußte für sich selber sorgen. Bis 1930, zum Zeitpunkt der ersten umfassenden Sozialgesetzgebung, existierte nur eine staatliche Unfallversicherung und eine Rentenversicherung, die nur einen kleinen Teil der Arbeiter erfaßte.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Sozialversicherung dann auf alle Franzosen ausgedehnt, wobei die schon bestehenden speziellen berufsgenossenschaftlichen Versicherungen aber erhalten blieben. Novellierungen 1967 und 1974 führten zu getrennten Kassen für Altersversorgung, Mutterschutz und Invalidität sowie für Familienbeihilfen. Eine Reihe weiterer Versicherungen mit unterschiedlichen Zuständigkeiten machen das soziale Netz in Frankreich recht unübersichtlich. Außer den Bereichen Familie, Gesundheit, Alter und Beschäftigung gibt es besondere Hilfen für Behinderte, Arme und andere »Randgruppen«.

In der gesetzlichen Sozialversicherung sind mit etwa 15 Millionen ungefähr 80 Prozent aller Beschäftigten versichert (**Krankenkasse, Familienhilfe und Altersversorgung**). Die drei Kassen sind auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene organisiert, die Finanzen dagegen werden zentral verwaltet. Staatsbeamte, die Bediensteten der Gebietskörperschaften, die Beschäftigten von Staatsbetrieben und einige andere Berufsgruppen wie Priester oder Amtsärzte sind bei autonomen oder privaten Versicherungsträgern versichert (siehe Kasten). Die Versicherungen auf Gegenseitigkeit sind Zusatzversicherungen für medizinische Aufwendungen, die von der gesetzlichen Sozialversicherung nicht erstattet werden. Zuständig für die Sozialhilfe mit etwa vier Prozent aller Sozialleistungen sind die Départements- und Gemeindeverwaltungen. Die betrieblichen Zusatzversicherungen und Sozialeinrichtungen werden durch die Betriebsräte verwaltet.

Die Ausgaben aller Einrichtungen der sozialen Sicherheit (*sécurité sociale*) beliefen sich im Jahre 1990 auf 1639 Mrd. Francs, was mehr als einem Drittel des verfügbaren Einkommens aller Haushalte und 28,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes entsprach (leicht über dem OECD-Durchschnitt). Davon entfielen 42 Prozent auf die gesetzliche **Altersversorgung**, 26 Prozent auf das **Gesundheitswesen**, zwölf Prozent auf die **Familienhilfe** und zehn Prozent auf die **Arbeitslosenversicherung**.

Seit 1983 liegt das Rentenalter bei 60 Jahren, der höchste **Grundrentensatz** wird nach 40 (bis 1994 37,5) Berufsjahren bzw. dem 65. Lebensjahr erreicht und beträgt dann 50 Prozent des durchschnittlichen Einkommens der besten zehn Jahre, wobei allerdings der Höchstbetrag nur etwas mehr als das Doppelte des garantierten Mindestlohns (SMIC) ausmacht. Die **Zusatzrente** der **allgemeinen Rentenversicherung** hängt ausschließlich von der Höhe der Beitragszahlungen ab und ist nicht begrenzt. Der gesetzliche Rentenversicherungsbeitrag beträgt 7,6 Prozent vom Bruttolohn für die Beschäftigten und 8,2 Prozent plus 1,6 Prozent für die Unternehmen. In der gesetzlichen Rentenversicherung sind ca. 13 Millionen Beschäftigte versichert.

Bei der Krankenversicherung liegt der Beitragssatz bei 5,5 Prozent vom Bruttolohn plus 12,6 Prozent von den Unternehmen. In der gesetzlichen Krankenversicherung sind etwa

80 Prozent der Bevölkerung versichert, der Rest in autonomen Berufskrankenkassen u.ä. In Frankreich sind die Gesundheitskosten in den 80er Jahren geradezu explodiert. Nach einer OECD-Studie von 1993 liegt Frankreich im Vergleich zu anderen Industriestaaten mit einer 5,1prozentigen Steigerungsrate zwischen 1980 und 1990 vor Japan mit 3,8 Prozent und Großbritannien mit 2,1 Prozent. Von den untersuchten Ländern hatte Frankreich auch eine 2,9prozentige Steigerungsrate im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt, während bei allen anderen Ländern die Rate unter Null blieb, die Kosten also prozentual abnahmen.

Mit der **allgemeinen Familienhilfe** wurde seit den 30er Jahren sowohl eine aktive Bevölkerungspolitik verfolgt wie auch eine größere soziale Gerechtigkeit angestrebt. 50 Prozent der Maßnahmen sind dem deutschen Kindergeld vergleichbar und mit der Zahl der Kinder steigende Zuschüsse ohne Einkommensbeschränkung (1992: 632 FF ab dem zweiten, 1141 FF ab dem dritten, 2251 FF ab dem vierten Kind). Verschiedene Kinderbeihilfen machen zusätzlich noch einmal 20 Prozent aller Familienbeihilfezahlungen aus. Alleinerziehende Mütter erhalten zudem (1992) zwölf Monate lang 3879 FF pro Kind. Andere Unterstützungsmaßnahmen sind meistens an Einkommensgrenzen gebunden, so zum Beispiel das Wohngeld, Zuschüsse zum Schulanfang oder bei Behinderungen.

Seit Februar 1984 gilt ein zwischen den Sozialpartnern und der Regierung geschlossenes Abkommen, das die **Arbeitslosenunterstützung** in Zahlungen nach einem vertraglichen System und einem staatlichen Hilfsfond aufteilt. Ersteres wird über Versicherungsbeiträge (6,58 Prozent vom Bruttolohn, ein Drittel Arbeitnehmer, zwei Drittel Arbeitgeber) finanziert, letzterer über Steuern und eine Solidarabgabe der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Höhe von ein Prozent des Gehaltes.

Etwa zehn Prozent der Arbeitnehmer werden nach dem **gesetzlichen Mindestlohn** (SMIC) bezahlt (1992: 34,06 FF pro Arbeitsstunde), der dem jährlichen Lohn- und Preisanstieg angepaßt wird. Für Arbeitslose zwischen 16 und 25 Jahren wurde die TUC geschaffen, die weitgehend vom Staat bezahlte Praktika bei gemeinnützigen Einrichtungen, Stiftungen oder staatlichen Unternehmen organisiert und den ABM vergleichbar ist. Eine neue Form der **Sozialhilfe** zur Eingliederung in den Arbeitsbereich (RMI) garantiert seit 1989 ein Mindesteinkommen für Personen, die älter als 25 Jahre sind und mindestens ein Kind betreuen (gilt auch für Ausländer, die seit drei Jahren polizeilich in Frankreich gemeldet sind). 1992 betrug dieses garantierte Mindesteinkommen 2224 FF pro Person, 3336 FF für zwei Personen und 889 FF für jede weitere Person des Haushaltes. Außerdem ist eine automatische Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung damit verknüpft. Die Tätigkeitsbereiche sind den ABM vergleichbar, 1989 und 1990 wurden 700 000 Anträge auf Gewährung dieser Einkommensart gestellt.

Die Finanzierung der gesetzlichen Sozialversicherung setzt sich insgesamt aus 82 Prozent Beitragszahlungen und 18 Prozent Steuern zusammen. Der Anteil der Sozialabgaben am Bruttoeinkommen beträgt etwa 50 Prozent (1970 noch 39,4 Prozent), darin ist allerdings der Arbeitgeberanteil von ca. zwei Dritteln des Beitragsaufkommens enthalten. Die Defizite der Sozialversicherung werden mittels staatlicher Transferleistungen ausgeglichen. Die Alkohol-, Tabak- und Versicherungssteuer, eine Steuer auf Werbeausgaben der Pharmaindustrie und eine Automobilkaufsteuer werden direkt zu diesem Zweck genutzt.

Quelle: OECD-Reporte, Handbuch von Haensch/Tümmers ■





Fast 40 Prozent der Arbeitslosen sind länger als ein Jahr arbeitslos. Von den Hochschulabsolventen suchen 26 Prozent noch ein Jahr nach ihrem Examen erfolglos eine erste Stelle. Fast die Hälfte der ungefähr drei Mio. Arbeitslosen erhält weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe. Dieser hohe Prozentsatz ist die Konsequenz einer gesetzlichen Neuregelung der Arbeitslosenversicherung in den Jahren 1992/93. Sie sorgte binnen eines einzigen Jahres durch eine Anhebung der für die Zahlung notwendigen Beitragszeiten schon für eine Reduzierung der Zahlungsempfänger um über 200 000, von 70 Prozent auf weniger als 60 Prozent. Diejenigen, die Arbeitslosengeld bekommen, erhalten aufgrund der gleichen Neuregelung zudem deutlich weniger als früher. Maximal kann man auf 57,4 Prozent des letzten Bruttolohns kommen. Nach neun Monaten wird dieser Prozentsatz aber alle vier Monate um 17 Prozent gekürzt, so daß er am Ende nach knapp zwei Jahren auf 27,2 Prozent, minimal aber 4985 Francs brutto gesunken ist. Die Bezieher von Arbeitslosenhilfe erhalten mit nicht einmal 90 Francs pro Tag (für sechs bis 15 Monate) noch weniger. Insgesamt bekommen 46 Prozent der Arbeitslosen, die eine Unterstützung erhalten, netto weniger als 3000 Francs, das heißt weniger als 870 DM pro Monat. Diejenigen, die keine Gelder aus der Arbeitslosenversicherung mehr beziehen, bekommen von einem staatlichen Hilfsfonds ca. 70 Francs, Jugendliche ohne oder mit nur kurzer Beschäftigungszeit sogar nur ca. 50 Francs täglich. Nach Regierungsschätzungen sind mittlerweile ca. 300 000 Jugendliche obdachlos, nach Schätzungen karitativer Organisationen sogar 900 000.

Die Lage an den Universitäten ist ebenfalls katastrophal. Sie sind hoffnungslos überfüllt. Seit 1968 hat sich die Zahl der Studenten von ca. 500 000 auf über 2,2 Mio. mehr als ver-

vierfacht, während die staatlichen Mittel für den Universitätsbereich sich in demselben Zeitraum nur verdoppelt haben. Eine wesentliche Folge dieses Auseinanderklaffens sind miserable Studienbedingungen für die meisten Studenten an den normalen staatlichen Hochschulen (ganz im Gegensatz übrigens zu den »grandes écoles«, den Elitehochschulen, die über enorme finanzielle Mittel verfügen). 28 Prozent der Studenten bestehen deshalb nicht einmal das erste, dem bundesdeutschen Vordiplom vergleichbare Examen, weitere 28 Prozent nur dieses Examen und nur ganze 44 Prozent schaffen einen richtigen Universitätsabschluß, das heißt ein Examen, das zumindest ein sechssemestriges Studium voraussetzt. In jüngster Zeit sind außerdem die Einschreibungsgebühren um fünf Prozent erhöht und das Wohngeld für Studenten gleichzeitig um 30 Prozent gesenkt worden.

All diese Entwicklungen haben in den letzten Jahren zu einem hohen Maß an allgemeiner Enttäuschung und Verärgerung sowie einer äußerst negativen Haltung den Politikern gegenüber geführt. Sie bildeten die Basis für die große Beteiligung an den Demonstrationen und Streiks sowie die Sympathien, die die Mehrheit der Bevölkerung den Streikenden entgegenbrachte. Entscheidend für den Ausbruch der Proteste waren aber zwei konkrete Punkte: Erstens der ungeheure Kontrast zwischen den Versprechungen, denen Chirac seinen Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen verdankte, und den im Plan Juppé am 14. November angekündigten Maßnahmen der Regierung, zweitens die Breite und Massivität der insgesamt angekündigten Einsparungen und Umstrukturierungen, die nicht nur die Beschäftigten des öffentlichen Sektors gleich in mehrfacher Weise bedrohte, sondern auch für die Masse der Bevölkerung so kurz nach der Erhöhung der Mehrwertsteuer weitere erhebliche Einkommensverluste bedeutete. Allein die Einführung der 0,5prozentigen Sondersteuer erhöht die Gesamtsumme der Einkommenssteuer in Frankreich um 4,5 Prozent. Diese angesichts der angekündigten 0,5 Prozent in ihrer Höhe überraschend massive Steigerung resultiert daraus, daß die 0,5 Prozent auf alle Einkommen oberhalb eines sozialen Minimums von 3322 Francs erhoben werden, also auch auf Familienbeihilfen, Arbeitslosengeld etc., während die normale Einkommenssteuer eine ganze Reihe von nicht zu versteuernden Einkommensarten kennt. Besonders hart sind deshalb auch diejenigen betroffen, die ein geringes Einkommen haben, aber mehr als 3322 Francs erhalten, oder diejenigen, die viele Kinder haben.

Was nun den ersten Punkt, den krassen Unterschied zwischen den Wahlversprechungen Chiracs und dem Plan Juppé, betrifft, so hatte Chirac seinen Widersacher im bürgerlich-konservativen Lager, den ehemaligen Ministerpräsi-



dentem Balladur, nur deshalb im ersten Wahlgang übertreffen können, weil er in populistischer Manier allen etwas versprochen hatte: Die Steuern sollten gesenkt, die Arbeitslosigkeit sollte energisch bekämpft, die Sozialleistungen sollten verbessert und die Wirtschaft sollte angekurbelt werden. In seiner Regierungserklärung Mitte Mai hatte Ministerpräsident Juppé dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit dann auch noch die erste Priorität in seiner Arbeit zugewiesen. Pläne, die er damals vorstellte, enthielten eine Reihe von dementsprechenden Vorschlägen: Für die Einstellung eines Langzeitarbeitslosen sollten die Unternehmen eine Prämie von 2000 Francs monatlich erhalten; für die erstmalige Einstellung eines arbeitslosen Jugendlichen sollte es eine Subvention geben; es sollten 100 000 neue Sozialwohnungen gebaut werden; Familien mit niedrigen Einkommen sollte zu Finanzierung eigenen Wohnraums billige Kredite bekommen; die Universitäten sollten mehr Geld erhalten; schließlich sollten die Renten und der Mindestlohn erhöht werden. Um all das zu finanzieren, wurde dann auch ein milliardenschwerer Nachtragshaushalt beschlossen.

Mitte Oktober, bis zu diesem Zeitpunkt war so gut wie nichts passiert, kam dann die Kehrtwende. Präsident Chirac erklärte, er habe die Finanzlage des Staates nicht richtig eingeschätzt, und man müsse nun zwei Jahre lang rigoros sparen. Der einen Monat später von der Regierung Juppé vorgelegte und nach ihm benannte Plan sah erstens die »Sanierung« der allgemeinen Sozialversicherung durch eine neue und die Ausweitung der alten Sondersteuer, höhere Sozialversicherungsbeiträge für Rentner und Arbeitslose und die Anhebung der Selbstbeteiligung bei den Arzneimittelkosten vor, zweitens die Entlastung der speziellen Rentenversicherungsträger für die Beschäftigten des öffentlichen Sektors durch eine Heraufsetzung des Rentenalters und eine Erhöhung der Beitragsjahre sowie schließlich drittens die Umstrukturierung der Eisenbahn mit umfangreichen Streckenstilllegungen (ca. 6000 km) und Entlassungen (30 000 bis 50 000 Beschäftigte bis zum Jahre 2000). Selten waren Wahlversprechungen so schnell und so umfassend gebrochen worden wie diesmal. Zugleich betrafen die Pläne fast die gesamte Bevölkerung in der einen oder anderen Form.

Die größten Belastungen kamen dabei auf die Beschäftigten des Staates, vor allem auf die der Eisenbahn (SNCF) zu. Letztere waren gleich in mehrfacher Hinsicht dem Angriff der Regierung ausgesetzt. Zu der auch für die breite Bevölkerung gültigen Steuererhöhung und stärkeren Selbstbeteiligung gesellten sich in ihrem Fall noch die für alle Angehörigen des öffentlichen Sektors vorgesehenen Sparmaßnahmen, das heißt die Anhebung des Rentenalters, die Verlängerung der Beitragszeit um zweieinhalb Jahre und der mit der geplanten Zusammenlegung der ungefähr 20 speziellen Rentenkassen des öffentlichen Bereichs zu erwartende Abbau bisheriger Vergünstigungen, sowie zusätzlich noch der im Rahmen der angekündigten Umstrukturierungsmaßnahmen bei der SNCF drohende Abbau von 30 000 bis 50 000 Arbeitsplätzen. Die Beschäftigten der anderen Staatsbetriebe waren zwar nicht so stark wie die Eisenbahner betroffen, die Ankündigung von weiteren Privatisierungen bei der France Télécom und einer Öffnung des Energiemarktes für die ausländische Konkurrenz hatte die Spannungen aber auch dort verschärft. Zusammen mit den durch personelle Unterbesetzung stark gestiegenen Arbeitsbelastungen, vor allem bei den Pariser Verkehrsbetrieben (RATP), und dem drastisch zuneh-

---



---

## Die Angriffe auf die Sozialleistungen seit 1980

Die Abfolge von Maßnahmen seit etwa zwanzig Jahren belegt eines: Die Leidtragenden sind immer die Sozialversicherten und insbesondere die Lohnabhängigen.

### November 1981: Plan Questiaux

- ◆ Herabsetzung der Höchstgrenze des Arbeitgeberanteils an der Krankenversicherung (Erträge: 9,1 Mrd.)

### November 1982

- ◆ Schaffung einer Sozialabgabe von einem Prozent des Einkommens
- ◆ Krankenversicherungsbeitrag von 5,5 Prozent auf Frührenten, die über dem SMIC (gesetzl. Mindestlohn) liegen
- ◆ Einführung einer Krankenhauspauschale von 20 Francs zulasten der im Krankenhaus Aufgenommenen
- ◆ 1258 Medikamente werden nur noch zu 40 Prozent erstattet

### Juni 1985: Plan Dufoix

- ◆ Der Erstattungssatz für 379 Medikamente wird von 70 auf 40 Prozent gesenkt

### Juni 1986

- ◆ Erhöhung der Beiträge zur Altersversicherung um 0,7 Prozent

### Dezember 1986: Plan Séguin 1

- ◆ Abschaffung der 100prozentigen Erstattung von Behandlungen, die nicht im Zusammenhang mit einer langwierigen und kostspieligen Krankheit stehen

### Mai 1987: Plan Séguin 2

- ◆ Erhöhung der Beiträge zur Krankenversicherung um 0,4 Prozent und der zur Alterssicherung um 0,2 Prozent

### Dezember 1989: Plan Evin

- ◆ Erstattungsbegrenzung für pharmazeutische Präparate

### März 1991: Plan Evin 3

- ◆ Nichterstattung von Stärkungspräparaten

### Juni 1991: Plan Bianco

- ◆ Erhöhung der Arbeitnehmerbeiträge zur Krankenversicherung um 0,9 Punkte
- ◆ Die Krankenhauspauschale steigt auf 50 Francs

### Juni 1993: Plan Veil

- ◆ Senkung des Leistungserstattungssatzes um 5 Punkte
- ◆ Erhöhung der Krankenhauspauschale um 5 Francs

### Oktober 1995

- ◆ Erhöhung der Krankenhauspauschale von 55 auf 70 FF

CNT-Infos, 14.11.1995 ■

---



---

menden Einsatz von Zeitarbeitskräften, vor allem bei der Post, entstand aus der Vielzahl der schon existierenden und der nun zusätzlich drohenden Belastungen im öffentlichen Sektor eine explosive Stimmung.

Sie wurde noch verschärft dadurch, daß der Kontrast zwischen der sich verschlechternden Situation der Bevölkerungsmehrheit und dem Lebensstandard wie der Lebensweise der »herrschenden Eliten« stetig zunahm. Zusätzlich zu der Tatsache, daß das französische Steuersystem die Wohlhabenden deutlich begünstigt, berichteten die Medien in letzter Zeit auch ständig von Korruptionsgeschichten in diesen Kreisen. Zugleich nährten immer neue Pleiten oder Kri-

## Soziale Auseinandersetzungen in Frankreich 1993/1994

Seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre flammen in Frankreich immer wieder – v.a. im öffentlichen Dienst – Streik- und Protestbewegungen auf. Besonders hervorzuheben sind dabei die erfolgreichen und zum Teil spektakulär geführten Auseinandersetzungen der Schüler und Studenten, die im November/Dezember 1986 eine Gesetzesvorlage zur Universitätsreform zurückweisen konnten, sowie der Eisenbahnerstreik, der von Mitte Dezember 1986 bis Mitte Januar 1987 dauerte und die geplante Einführung eines Leistungslohnes verhinderte.

Die Vorgeschichte der jüngsten Massenstreiks beginnt mit den Ereignissen seit dem Oktober 1993:

### 1993

12. Okt.: Erstmals nach 1991 wieder ein gemeinsamer Streik von CGT und FO im öffentlichen Verkehrswesen.

6. Okt. – 2. Nov.: Streik bei der Air France.

18. Nov.: Streik im öffentlichen Dienst gegen Stellenabbau.

Nov.: Demonstrationen von Schülern und Studenten für mehr Geld zur Ausstattung der Schulen und Unis.

### 1994

3. März: Demonstrationen von Schülern und Studenten gegen den CIP (Vertrag zur beruflichen Eingliederung), der vorsah, jugendliche Arbeitslose zu 80 Prozent des Mindestlohns (SMIC) auf sechs bis zwölf Monate befristet einzustellen. Weitere Demos am 10., 12. und 17. März. Am 30. März Rücknahme des Regierungsentwurfes.

Eine Streikwelle folgt im Herbst:

September/Oktober: erneute Auseinandersetzungen bei der Air France.

16. und 17. Sept: Streik der Piloten.

7. Okt.: Streik des Schalterpersonals.

11. Okt.: Unruhen beim Bodenpersonal, in den Werkstätten und der Frachtabteilung.

14. Okt.: Aus Protest gegen Stellenstreichungen liefern die Beschäftigten der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft im Département Loire den Strom an die Kunden zum Nachta-

rif, blockieren die Verschickung der Stromrechnung und schalten die Lieferung an ein großes Unternehmen ab.

19. Okt.: 17 Tage Streik von 23 Belegschaftsmitgliedern bei McDonalds in Lesquin (Nordfrankreich). Lohnerhöhungen bis 8 Prozent waren das Ergebnis.

24. Okt. – 8. Dez.: Streiks in verschiedenen Werken von GEC-Alsthom um Lohnerhöhungen.

25. Okt. – 7. Nov.: Ebenfalls um Lohnerhöhung geht es beim Streik in der Aluminiumfabrik Péchiney/Dunkerque.

27. Okt. – 4. Nov.: Lohnerhöhung ist auch die Forderung der Streikenden bei Martell in Cognac.

28. Okt.: Ende eines 16-tägigen Streiks bei Radio France. Journalisten hatten gleiche Bezahlung beim öffentlichen Rundfunk gefordert.

Oktober – Dezember: Mehrere Konflikte bei der Post, wo Umstrukturierungsmaßnahmen greifen.

30. Nov.: Für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze streiken 60 Reinigungskräfte bei Euro-Disney in Paris fünf Nächte lang. Am gleichen Tag, aus dem gleichen Grund treten 270 Beschäftigte der Reinigungsfirma SEGEX in Rungis in einen unbefristeten Streik.

2. Dez.: Streik bei Air Inter und bei der Air France-Orly gegen die Auswirkungen der Neuordnung.

5. Dez.: Demos der Pflegehilfen wegen Löhnen und sozialer Sicherung. An diesem Tag sind die Gefängniswärter aus dem gleichen Grund bereits seit fünf Wochen im Streik.

9. Dez.: Eine Lohnerhöhung von 1000 Francs im Monat haben sich die Angestellten der portugiesischen Bank Caixa Geral de Depositos nach fünf Wochen Streik erkämpft.

13. – 16. Dez.: Streik um Lohnerhöhung und Festeinstellung bei Carbone Lorraine in Amiens.

15. – 20. Dez.: Die Bewilligung von Haushaltsmitteln und die Schaffung neuer Stellen ist das Ziel eines Streiks an der Uni von L'Esonne im Südosten von Paris.

22. Dez.: Ende eines 25 Tage währenden Streiks zur Erhaltung des Entlohnungssystems in einer Schuhfabrik in Limoux/Aude.

27. Dez.: In Yvelines liefern 26 Bauarbeiter ihren Chef bei der Polizei ab, weil sie seit September kein Geld mehr bekommen haben.

Quelle: Wildcat, Echanges, verschiedene franz. Zeitungen ■

sen von Großunternehmen in den Augen der Masse der Franzosen den Verdacht, daß die Privilegien der Eliten in keinem Verhältnis zu ihren Leistungen stünden. Die Tatsache, daß die Absolventen weniger Elite-Ausbildungsstätten wie der ENA (École nationale d'administration), der École Polytechnique oder der HEC (École de hautes études commerciales) über die Hälfte aller Toppositionen in den großen Konzernen, fast alle Ministerposten und eine sehr große Zahl von Spitzenstellungen in der staatlichen Verwaltung innehaben, geriet immer mehr in das Kreuzfeuer der Kritik.

Das galt vor allem für die offensichtliche Kumpanei unter ihnen, die aus Sicht vieler Bürger für katastrophale Pleiten verantwortlich ist, wie die der staatlichen Bank Crédit Lyonnais, die den Steuerzahler 50 Mrd. Francs kostete, und zugleich dafür sorgt, daß den zuständigen Spitzenmanagern, wie in diesem Fall dem Bankchef Jean-Yves Haberer, nichts Ernsthaftes passiert, da sie ja jederzeit wieder in ein hochbesoldetes Staatsamt zurückkehren können. Haberer zählt wie auch Juppé oder dessen sozialistischer Vorgänger Rocard zur kleinen Elite der Angehörigen der »corps d'état«, die nur

die besten Absolventen der ENA aufnehmen und diesen eine lebenslange Spitzenposition im Staatsdienst garantieren. Auch für die Studenten wirkte es wie eine Provokation, wenn direkt gegenüber der mit 36 000 Studenten chronisch überfüllten Universität Paris X-Nanterre mit großem finanziellen Aufwand eine im Volksmund nach dem ehemaligen Innenminister Pasqua »Fac-Pasqua« genannte Elite-Universität für wenige hundert Studenten erbaut wird, die bisher zu drei Vierteln leersteht, während in Nanterre das Geld für die nötigsten Renovierungsarbeiten fehlt.

Der Plan Juppé war für viele Franzosen symptomatisch für die technokratische und völlig von der normalen Lebenswelt der meisten Bürger abgehobene Denkweise der Elite-Absolventen. Er stellte nur noch den berühmten Tropfen dar, der das Faß zum Überlaufen brachte, zumal fast zeitgleich Pläne für eine Steuerreform vorgestellt wurden, nach der die Steuern für alle Unternehmen mit weniger als 50 Mio. Francs Umsatz von 33,33 Prozent auf nur noch 19 Prozent gesenkt werden sollen. Auch wurde bekannt, daß die französischen Unternehmen, die vom Plan Juppé nur mit fünf Mrd. Francs



JUGENDLICHEN UND BERGLEUTE AUS DER GEGEND VON MARSEILLE DEMONSTRIEREN GEMEINSAM

zusätzlich belastet werden, der »sécurité sociale« über 90 Mrd. Francs schulden, von denen zwar über die Hälfte durch Konkurse nicht mehr einzutreiben ist. Es bleiben mit 40 Mrd. aber immer noch Außenstände offen, die die für 1996 geplanten Belastungen der Bevölkerung durch den Plan Juppé deutlich übertreffen. Ganz offensichtlich sollte also auch hier wieder die Masse der Bevölkerung Opfer bringen, während die Wohlhabenden sich selbst ihren bislang gültigen Verpflichtungen entziehen können.

### Der Streikverlauf

Die Auseinandersetzungen begannen am 10. Oktober mit einem von allen Gewerkschaften ausgerufenen eintägigen Streik im öffentlichen Sektor und großen Demonstrationen in ganz Frankreich gegen den Plan der Regierung Juppé, die Löhne im öffentlichen Sektor einzufrieren. An dem Streik beteiligten sich ungefähr zwei Drittel des Erziehungspersonals, der Finanzbeamten und der Beschäftigten bei France Télécom und gut die Hälfte der Bediensteten bei der SNCF, der RATP, der Post und der meisten anderen öffentlichen Dienste. Selbst im Verteidigungssektor (Ministerium, Verwaltung, Depots etc.) als dem absoluten Schlußlicht lag der Prozentsatz bei gut 33 Prozent. An den Demonstrationen nahmen nach Schätzungen des Innenministeriums über 380 000 Menschen teil. Gleichzeitig kam es an den Universitäten zu heftigen Auseinandersetzungen. Auf zum Teil großen Demonstrationen in vielen Städten Frankreichs forderten die Studenten die Einstellung von 6000 zusätzlichen Lehrkräften und eine Finanzhilfe von zwei Mrd. Francs für die Universitäten, ein Betrag, der nach Ansicht der Hochschulrektoren gerade mal dazu ausreicht, den Gebäudezu-

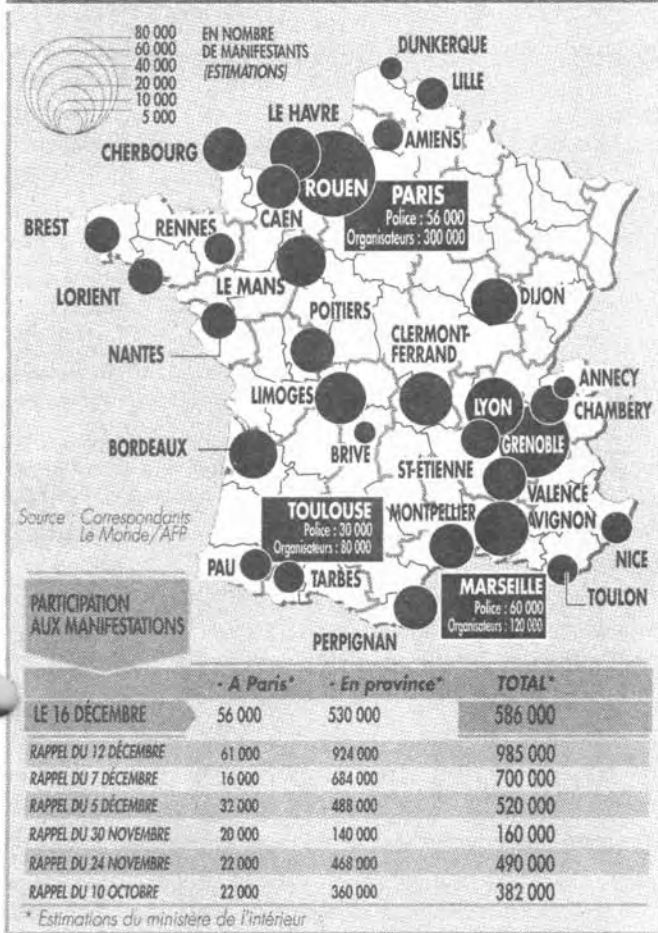
stand auf das Niveau der gültigen Sicherheitsnormen zu bringen.

Am 24. November begann der eigentliche Streik dann im Zusammenhang mit einem von CGT, FO, der FSU und der UNSA (siehe Kasten zu den Gewerkschaften) organisierten gewerkschaftlichen Aktionstag, an dem fast eine halbe Mio. Menschen in vielen französischen Städten demonstrierten. Die Streikbeteiligung für diesen einen Tag war nicht ganz so hoch wie am 10. Oktober. Die Schwerpunkte hatten sich auch verlagert. Angesichts der neuen Pläne der Regierung traten vor allem die Eisenbahner und die Beschäftigten der RATP in den Ausstand. Mit 60 Prozent stieg ihre Streikbeteiligung, während sie in allen anderen Bereichen sank, bei Lehrern, Finanzbeamten und Télécom-Beschäftigten auf ca. 50 Prozent, bei den Postbediensteten auf nur noch 35 Prozent und bei den Beamten im Innen- und Landwirtschaftsministerium sowie im Verteidigungssektor gar auf nur noch 6,7 bis 11,6 Prozent.

Ausschlaggebend für den weiteren Verlauf war aber nicht der Rückgang des Streiks in den meisten Sektoren, sondern die hohe Beteiligung im Verkehrsbereich. Binnen kurzer Zeit legten die streikenden Eisenbahner den gesamten Eisenbahnverkehr in Frankreich lahm. Dies gelang im Unterschied zu den Streiks der vergangenen 25 Jahre, weil diesmal die Lokomotivführer nahezu komplett streikten, auch die relativ gut bezahlten der Superzüge TGV. Ihnen folgten die Beschäftigten der RATP, die auch den gesamten Pariser Nahverkehr mit der Metro und den Bussen zum Stillstand brachten. In vielen anderen Städten wie etwa Marseille, Montpellier, Toulouse, Limoges oder Rouen wurde der Nahverkehr ebenfalls zumindest für einige Tage bestreikt. Oft wurde der Streik



## La mobilisation du 16 décembre



Sieben landesweite Demonstrationen fanden in Frankreich zwischen dem 10. Oktober und dem 16. Dezember statt. Nach Verlautbarungen des Innenministeriums, wie sie in der nebenstehenden Grafik in »Le Monde« veröffentlicht wurden, lag die Zahl der Demonstranten zwischen 160.000 am 30. November und 985.000 am 12. Dezember.

Wenn man allerdings die Zahlen nimmt, die die Gewerkschaften und Veranstalter veröffentlichten, haben mehr als doppelt so viele Menschen an den Demonstrationen teilgenommen.

öffentlichen Verwaltung in Mulhouse, die aufgrund ihrer zahlenmäßigen Schwäche die Arbeit in den Behörden nicht wirklich verhindern konnten, blockierten für mehrere Stunden die Autobahn zwischen Besançon und Straßburg bzw. der deutschen Grenze.

Ein nennenswertes Übergreifen der Streiks auf die nicht-staatlichen Unternehmen gab es allerdings nicht. Zwar blieben aufgrund der Verkehrsprobleme im Großraum Paris nach inoffiziellen Schätzungen der Industrie auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung 30 bis 50 Prozent aller Arbeiter und Angestellten ihrer Arbeit fern, zu längeren Streikaktionen kam es in der Privatwirtschaft aber nicht. Hervorstechende Beispiele für Solidarität waren dann auch schon mehrstündige Arbeitsniederlegungen zum Beispiel bei Aérospatiale in Toulouse, Bull in Angers, Michelin in Clermont-Ferrand, Renault in Le Mans, Renault-Cléon in Rouen, Thomson-TV in Angers oder Contrex in Epinal. Solche Solidaritätsaktionen von in der Regel max. ein paar Stunden Dauer und die je nach Termin mehr oder minder große Beteiligung an den Demonstrationen, das war durchweg alles, was die Arbeiter und Angestellten aktiv zur Unterstützung der Streikenden im öffentlichen Sektor taten. Auch die Sympathiewerte für den Streik lagen bei ihnen deutlich unter denen der Beschäftigten des öffentlichen Sektors. So kam eine Befragung von SOFRES am 11. Dezember (unter allerdings nur 600 Personen) zu dem Ergebnis, daß bei einer durchschnittlichen Zustimmung von 53 Prozent zum Streik (38 Prozent solidarisch, 15 Prozent mit Sympathie) zwar 81 Prozent der öffentlichen Bediensteten, aber nur 47 Prozent der Arbeiter und Angestellten der Privatwirtschaft dem Streik positiv gegenüberstanden. Obwohl diese Werte sicherlich nicht als im strengen Sinne repräsentativ angesehen werden können und insgesamt auch niedriger als in anderen zur gleichen Zeit durchgeführten Umfragen liegen, sind sie doch ein klares Indiz für die deutlichen Unterschiede, die in der Einschätzung des Streiks zwischen den Beschäftigten im öffentlichen und im privaten Sektor bestanden.

Für die Zurückhaltung der Arbeiter und Angestellten in der privaten Wirtschaft gibt es zwei wesentliche Gründe. Zum einen wurden die Beschäftigten außerhalb des öffentlichen Bereichs unmittelbar nur von der geplanten Erhebung bzw. Anhebung der Sondersteuern und der Anhebung der Selbstbeteiligung bei den Medikamenten betroffen. Alle anderen Maßnahmen galten für sie entweder nur indirekt bzw. auf lange Sicht, wie die Erhöhung der Versicherungsbeiträge für Arbeitslose und Rentner, oder aber überhaupt nicht, wie die Veränderung der Rentenregelungen im öffentlichen Sektor oder die Umstrukturierungs- und Privatisierungspläne bei der SNCF, der Télécom etc. Außerdem waren sie aufgrund der für sie schon vor zwei Jahren durchgesetz-

dann wie in Marseille auch unbefristet fortgesetzt. Den Streikenden bei der SNCF und den Nahverkehrsbetrieben schlossen sich relativ schnell die Beschäftigten in den Verteilzentren der Post, die Angestellten der Elektrizitäts- und Gasgesellschaft und große Teile der Lehrerschaft an. Bei der Post wurden 100 der 130 Verteilzentren blockiert, obwohl anfangs weniger als zehn Prozent der Bediensteten der Post am Streik teilnahmen, bei der staatlichen Elektrizitäts- und Gasgesellschaft EDF-GDF 80 von 100 Versorgungszentren.

Bei der EDF streikte in der zweiten Woche ungefähr ein Drittel der Beschäftigten, so daß die Stromerzeugung Anfang Dezember täglich um etwa 21 000 Megawatt sank und Strom aus Großbritannien importiert werden mußte, während er sonst dorthin exportiert wird. Über die Hälfte der Lehrer befand sich ein bis zwei Wochen im Ausstand. Während der Auseinandersetzung stießen dann für mehr oder minder lange Dauer die städtischen Bediensteten der Müllabfuhr, die Hafentarbeiter, die Angestellten der öffentlichen Verwaltungen, der Télécom, von Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen, der Air France, die Fluglotsen und die Bergarbeiter dazu. Auf dem Höhepunkt der Streikbewegung befand sich selbst nach den Angaben des Innenministeriums ein knappes Drittel aller Staatsbediensteten im Ausstand.

Die Beteiligung nahm dabei nicht immer die klassische Form des Streiks an. So äußerten die Beschäftigten der Elektrizitätsgesellschaft EDF in Brest, Grenoble, Clermont-Ferrand, Carcassonne und Mulhouse ihren Protest, indem sie den normalen Haushaltskunden den gesamten Strom zum wesentlich günstigeren Nachtтариф lieferten. In anderen Städten wurde zum Industrietarif geliefert. Beschäftigte der

ten Verlängerung der Beitragszeiten in der Rentenversicherung auf 40 Jahre bei einem Hauptthema der Auseinandersetzung nicht nur außen vor, sondern auch skeptisch hinsichtlich der Erfolgsaussichten.

Zum anderen, und das ist zumindest ebenso wichtig, ist ein Streik für sie wesentlich riskanter als für die staatlichen Beschäftigten. Für die meisten französischen Unternehmer, die »Patrons«, ist eine harte »Herr-im-Hause«-Haltung typisch. So sind allein im letzten Jahr ungefähr 10 000 gewerkschaftliche Aktivisten entlassen worden. Hier schlägt sich das große Gewicht der Mittelständler in der französischen Wirtschaft nieder. Der Anteil von Großunternehmen in der Privatwirtschaft ist erheblich geringer als in Deutschland. Von den ca. 6,5 Mio. Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe arbeiten knapp 40 Prozent in Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten gegenüber nur ungefähr 17 Prozent hierzulande. Nur 12,1 Prozent aller Beschäftigten arbeiten dagegen in Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten verglichen mit gut 34 Prozent in Deutschland. Zudem hat der massive Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie bei vielen Beschäftigten die Angst noch verstärkt, bei einem Streik gefeuert zu werden. Die Beschäftigten in der Privatwirtschaft verfolgten den Streik im öffentlichen Sektor daher zwar (zumindest anfangs) mehrheitlich mit Sympathie, ein stärkeres Eigenengagement erschien fast allen aber zu riskant.

## Die Rolle der Gewerkschaften im Streik

Die Rolle der Gewerkschaften unterschied sich vom letzten großen Streik der Eisenbahner im Dezember 1986/Januar 1987, in dessen Verlauf die Eisenbahner 29 Tage streikten, ganz erheblich. Wurde der Streik damals von spontan entstandenen Basiskomitees getragen, zumindest anfangs auch gegen den erklärten Willen der Gewerkschaften, die den Plänen der Regierung zuvor im wesentlichen bereits zugestimmt hatten, so gab es einen solch scharfen Konflikt zwischen Beschäftigten und Gewerkschaftsführungen dieses Mal nicht. Mit der CGT und der Force Ouvrière (FO) hatten zwei der drei großen Gewerkschaften ihre Ablehnung der Regierungspläne sofort eindeutig geäußert und auch zu den Demonstrationen und den eintägigen Streiks aufgerufen. Vor allem die CGT war eingedenk ihrer Erfahrungen beim damaligen Streik der Eisenbahner und bei den Auseinandersetzungen um die Umstrukturierung der Air France<sup>3</sup> darauf bedacht, nicht noch einmal so von der eigenen Basis überholt zu werden wie damals.

Außerdem sahen die FO und vor allem die CGT in der Auseinandersetzung eine gute Gelegenheit, ihre schlechte Position in den Betrieben wieder spürbar zu verbessern und dadurch für den Staat und das Kapital als Verhandlungs-

3) Siehe Arbeiterpolitik 2/1994

---

## Die französischen Gewerkschaften

Die gegenwärtige Organisationsstruktur der französischen Gewerkschaften ist dreigeteilt in:

- 1) nationale branchenübergreifende Dachverbände,
- 2) nationale berufsbezogene Dachverbände,
- 3) (Betriebs-) Gewerkschaften ohne nationalen Dachverband.

Von den 1980 auf zwölf bezifferten nationalen Dachverbänden waren 1993 laut Gesetz – gemessen u.a. an der Mitgliederstärke – **nur sechs voll tarifvertragsfähig, nämlich die in allen Branchen vertretenen Organisationen CGT, CFDT, FO und CFTC sowie die Berufsverbände Confédération general de cadres (CGC) und FEN** (letztere hat sich inzwischen allerdings aufgesplittert). Die Anzahl der unter (3) genannten Gewerkschaften wird mit 1500 bis 2000 angegeben; sie besitzen entsprechend eingeschränkte Bedeutung.

Auf einer anarchosyndikalistischen Tradition einerseits und dem Katholizismus andererseits fußend, spalteten sich die großen französischen Gewerkschaften in erster Linie anhand der Auseinandersetzung über die SU bzw. mit den KP-Anhängern in den eigenen Reihen. **Von der CGT (Confédération générale du travail), die seit der Résistance durch die FKP dominiert wurde, lösten sich zwischen 1944 und 1947 die FO (Force ouvrière) und die FEN (Fédération nationale de l'éducation nationale). Die CGC ging aus einer bereits 1937 erfolgten rechten Abspaltung von der CGT hervor. Auf seiten der christlichen Gewerkschaft CFTC (Confédération française de travailleurs chrétiens) fand erst in den 60er Jahren die Loslösung der CFDT (Confédération démocratique du travail) statt, deren radikalere Konzeption der christlichen Soziallehre sie zunächst zu einer sozialistischen Programmatik sowie zu Selbstverwaltungsvorstellungen führte.**

Die traditionsreichste und einst stärkste Gewerkschaft Frankreichs, die CGT, liegt heute, was die Anzahl der Mit-

glieder betrifft, mit den beiden anderen großen Organisationen, FO und CFDT, in etwa gleichauf. Ihre immense Schwächung setzte in den 70er Jahren ein und ist hauptsächlich der Privatisierung der staatlichen Industrie, dem nach wie vor wichtigsten Rekrutierungsfeld der CGT, und dem massiven Abbau der Montanindustrie geschuldet. **Bei der CFDT, die seit Mitterrand politisch einen Kurs à la DGB anstrebt, versucht man heute verstärkt, die sogenannten Zukunftsbranchen zu gewinnen.** Auch sie war in den vergangenen 20 Jahren von zurückgehenden Mitgliederzahlen betroffen, wenn auch in deutlich geringerem Maße als die CGT. Vor allem seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre hat die CFDT mehrfach Abspaltungen erlebt, aber auch den Ausschluß von Mitgliedern – zum Teil ganze Bezirke, wie etwa im Gesundheitsbereich – betrieben. **In der FO organisieren sich überwiegend die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Ihre politische Führung agiert nach rechtem sozialdemokratischem Muster, während es den Aktiven gleichzeitig durchaus möglich ist, sich auf die anarchosyndikalistischen Ursprünge der alten CGT zu beziehen.**

Ist damit auch zunächst und ganz abstrakt nur die prinzipielle Unabhängigkeit von einer Partei oder Regierung gemeint, so bietet die FO auch einer Reihe von linken Gruppen die Möglichkeit zur gewerkschaftlichen Einflußnahme. Die Regierungsunabhängigkeit hat der FO besonders in der Zeit der Linksrégierung Positionsgewinne zulasten der CFDT und vor allem der CGT gebracht, da sie im Unterschied zu CFDT und CGT auf die Regierung keine politische Rücksicht genommen hat.

Abgesehen von den drei großen Gewerkschaften existieren noch eine Reihe kleinerer, oft erst einige Jahre alter Gewerkschaftsbünde und Einzelgewerkschaften, die teils aus der CFDT, teils aus den selbstorganisierten »Koordinationen« der 80er Jahre entstanden sind. Sie sind aber so gut wie ausschließlich auf den öffentlichen Dienst, vor allem das Erziehungs-, Schul- und Gesundheitswesen begrenzt. ■

partner wieder an Gewicht zu gewinnen. Beide wußten wie die CFDT um ihre Schwäche, vor allem in der Privatwirtschaft. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad, der nach dem Zweiten Weltkrieg noch 50 Prozent betrug, liegt mittlerweile landesweit bei unter zehn Prozent. In den Privatunternehmen sind es vermutlich nicht mehr als fünf Prozent, im öffentlichen Sektor ca. 20 Prozent. Allein die früher dominierende kommunistische CGT, die in diesem Jahr 100 Jahre alt wird, hat in den letzten 25 Jahren fast drei Viertel ihrer Mitgliedschaft verloren. Von ehemals 2,3 Mio. Mitgliedern sind noch 640 000 übrig, 160 000 davon Rentner und Arbeitslose. Die stärksten Bastionen hat sie in den staatlichen Unternehmen. Bei der EDF-GDF sind 40 Prozent der Beschäftigten (ohne Rentner) in der CGT organisiert, bei der SNCF zwölf Prozent und bei der Post zehn Prozent. In der Privatwirtschaft ist sie in der Chemie- und der Automobilindustrie noch am besten vertreten. Insgesamt stellen die Angehörigen des öffentlichen Sektors 56 Prozent der Mitgliedschaft.

Die Gesamtentwicklung ist bei den beiden anderen großen Gewerkschaften ähnlich. Auch sie haben große Teile ihrer Mitgliedschaft verloren, prozentual allerdings nicht so viel wie die CGT, weil sie vom Niedergang des Montanektors, einer früheren Hochburg der CGT, sehr viel weniger getroffen worden sind und weil sie unter der Regierungsbeteiligung führender Gewerkschafter an der sozialistisch-

4) Die FO hatte nach dem weitgehenden Rückzug der CGT und der CFDT aus diesen Gremien Ende der 60er lange Zeit fast ein Monopol auf diese lukrativen Posten, die ganz wesentlich zur Finanzierung des Gewerkschaftsapparats beitrugen und bis heute beitragen. Man schätzt die Einnahmen aus dieser Quelle auf 50 Mio. Francs jährlich.

kommunistischen Regierung Anfang der 80er weniger gelitten haben. Die Mitglieder der CFDT haben ihrer Führung diesen Schritt nicht so übel genommen wie die der CGT, und die FO hat sich damals nicht beteiligt, weil sie immer, auch unter bürgerlich-konservativen Regierungen, großen Wert auf ihre Regierungsunabhängigkeit gelegt hat. Die CGT dürfte immer noch die größte der drei Gewerkschaften sein. Die Mitgliederzahlen aller drei liegen mittlerweile aber doch relativ eng zusammen. Die FO hat die Masse ihrer Mitglieder dabei im öffentlichen Sektor, die CFDT ist vor allem im Finanzsektor und in den sogenannten »Zukunftsindustrien« wie Luftfahrt oder EDV überproportional vertreten. Was die gewerkschaftliche Strategie betrifft, so verfolgt die Führung der CFDT eindeutig den Kurs, sich durch eine starke Orientierung an den bundesdeutschen Gewerkschaften dem französischen Staat und Kapital als bevorzugten Verhandlungspartner anzubieten und die FO in dieser Position abzulösen. Die FO und vor allem die CGT setzen dagegen schwerem Gewicht auf eine Stärkung ihrer Kampfkraft und ihrer Organisationsquote, um auf diesem Wege wieder mehr Einfluß zu gewinnen.

Das Verhalten von CGT- und FO-Führung während des Konflikts wurde im wesentlichen von drei Faktoren bestimmt. Sie wußten um die eigene Schwäche, hofften, durch den Streik als Verhandlungspartner wieder stärker akzeptiert zu werden, und hatten Angst vor einer eigenständigen Bewegung an den Gewerkschaften vorbei. Im Falle der FO, deren Führung noch zur Wahl Chiracs aufgerufen hatte, kam dann noch die Wut über die Kehrtwende der Regierung und die Angst vor dem drohenden Verlust der lukrativen Posten in den Gremien der Sozialversicherung<sup>4</sup> hinzu. Aus

## Die neuen Akteure in der gewerkschaftlichen Landschaft

Die Entwicklung sozialer Spannungen läßt gewerkschaftliche Akteure – FSU, UNSA, SUD, Gruppe der Zehn – auf der Bühne erscheinen, von denen einige seit langer Zeit existieren, deren Bedeutung im öffentlichen Leben jedoch nicht unbedingt in ihrem wirklichen Ausmaß begriffen worden ist. Diese »neuen« Gewerkschaften sind alle mehr oder weniger innerhalb der autonomen Gewerkschaftsbewegung anzusiedeln.

◆ **Die Gruppe der Zehn:** Am Donnerstag, dem 30. November in Saint-Ouen versammelt, gruppieren sich die 18 Gewerkschaften, die sie in Wirklichkeit umfaßt, neu zu einer demokratischen Union einheitlicher Gewerkschaften. Die Gruppe, die 1981 ursprünglich aus zehn Mitgliedern bestand, ist ein berufsübergreifender Gewerkschaftsdachverband. Er umfaßt drei Pole: • öffentlicher Dienst mit der einheitlich-nationalen Gewerkschaft der Steuerbeamten (SNUI) und Postgewerkschaft SUD; • Bank- und Finanzwesen mit der vereinigten Gewerkschaft der Sparkassen sowie der SUD-CAM, die es bei Crédit Agricole gibt; der Pol • zivile Luftfahrt, der sich gerade mit der nationalen Gewerkschaft der Bodenmechaniker in der zivilen Luftfahrt (SNMSAC) bildet – und fünf oder sechs Untergruppen. Außerdem zählen dazu die autonome nationale Gewerkschaft der Banque de France und CRC aus dem Gesundheits- und Sozialbereich, die 1988 aus der Bewegung der Krankenschwestern hervorging.

◆ **SUD (Solidaires, unitaires et démocratiques):** 1988 gegründet von aus der CFDT ausgeschlossenen militanten

Mitgliedern, ist SUD seit den berufsbezogenen Wahlen 1995 hinter der CGT die zweitgrößte Gewerkschaft bei France Télécom. Indem sie sich von Anfang an gegen eine Änderung der Statuten bei France Télécom ausgesprochen hat, ist SUD als Hauptgewinner der Wahlen nunmehr ein unausweichlicher Gesprächspartner geworden. SUD ist an der Spitze der augenblicklichen Bewegung und hat ihre Anhänger aufgerufen, Donnerstag in den Streik zu treten und mit den Eisenbahnern, den Elektrizitäts- und Gaswerkbeschäftigten und den Studenten zu demonstrieren, um die Sozialversicherung und die speziellen Rentensysteme zu verteidigen.

◆ **FSU (Fédération syndicale unitaire):** Geboren aus der Zersplitterung der FEN, hat die FSU im März 1994 ihren Gründungskongreß abgehalten. Mehrheitlich aus Lehrern bestehend, hat die FSU im Januar 1995 für 200 000 erhaltene Stimmen zwei Sitze im Aufsichtsrat des öffentlichen Dienstes bekommen und gegen ihre Unterrepräsentation Einspruch erhoben. Sie hat massiv an den Aktionstagen des 10. Oktober und 24. November teilgenommen.

◆ **UNSA (Union nationale des syndicats autonomes):** Häufig die »Pappnase« der FEN genannt, vereinigt die UNSA, die ihren ersten nationalen Kongreß im Juni 1995 abhielt, 350 000 Mitglieder, mehrheitlich aus dem öffentlichen Dienst. Sie vereinigt sieben Gewerkschaften, von denen die beiden ihrer Größe nach bedeutendsten die Föderation der nationalen Erziehung (FEN) und die allgemeine autonome Föderation der Beamten (FGAF) sind. Außerdem umfaßt sie die Föderation des Transportwesens (FAT), die Vorarbeiter und leitenden Angestellten (cadres) der SNCF, die FGSOA (Landwirtschaftskammer) und zwei Schauspielergewerkschaften.

Le Monde, 1.12.1995 ■

all dem resultierte bei CGT und FO ein Vorgehen, das die Streikbewegung sowohl unterstützte, zum Teil sogar förder- te, als auch bremste. So riefen die Führungen dieser beiden Gewerkschaften im Unterschied zur Führung der CFDT, die sich von Anfang an positiv zu den Plänen der Regierung äußerte und die Streiks und Demonstrationen ablehnte, sowohl zu den Aktionstagen als auch zum ersten eintägigen Streik auf. Andererseits kamen die Aufrufe, den Streik auch über einen längeren Zeitraum fortzusetzen, unter dem Druck der Basis von den einzelnen Sektionen der Gewerkschaften wie den Eisenbahnern und nicht von den Führungen der CGT und der FO, die sie dann offiziell absegneten. Auch wurden die Beschlüsse zur Weiterführung des Streiks jeden Tag in den Vollversammlungen der einzelnen Bahnhöfe, Werke, Postämter, Betriebe etc. getroffen. Die Gewerkschafts- führungen akzeptierten diese Versammlungen allerdings auch als einziges Entscheidungsgremium.

Diese Haltung ist nicht allein auf die Erfahrungen in den letzten größeren Streiks zurückzuführen, sondern auch auf die Tatsache, daß die Druckmittel der Gewerkschaften gegenüber den Beschäftigten erheblich geringer sind als in Deutschland. Erstens ist der Organisationsgrad sehr viel niedriger als hierzulande, zweitens gibt es für die Streikenden kein Streikgeld von der Gewerkschaft. In der Regel wird nach dem Ende des Streiks um die Bezahlung der Streiktage verhandelt. Je erfolgreicher der Streik war, um so größer ist dann durchweg der Teil, der nachträglich bezahlt wird. Den unmittelbaren Lohnausfall während der Auseinandersetzung<sup>5</sup> müssen die Streikenden aber, soweit überhaupt möglich, durch Ersparnisse und Spenden ausgleichen. Ob die Beschäftigten streiken oder wieder arbeiten, liegt deshalb sehr viel stärker in ihrer Hand als in der Bundesrepublik, wo das von den Gewerkschaften gezahlte Streikgeld einen nicht unerheblichen Teil des Lohnausfalls auszugleichen vermag und dem Gewerkschaftsapparat bei Streiks schon allein deshalb ein großer Einfluß zukommt.

Trotz vieler Parallelen waren auch Unterschiede zwischen der CGT, die schon beim Streik der Air-France-Beschäftigten vor zwei Jahren die Entscheidungsbefugnis der Vollversammlungen akzeptiert hatte, und der in der Vergangenheit immer äußerst sozialpartnerschaftlich eingestellten FO nicht zu übersehen. Während die CGT den Streik und die Demonstrationen in der Regel eindeutig unterstützte, kam es bei der FO zu einigen deutlichen Meinungsdivergenzen. So weigerte sich beispielsweise die FO-Sektion bei der Air France, am Streik teilzunehmen und rief auch nicht zu den Demonstrationen auf. Ähnliche Erscheinungen gab es auch in anderen Bereichen, wo Teile der Gewerkschaftsbasis dem Kurs der Führung nicht folgten.

In der CFDT dagegen beteiligten sich Teile der Mitgliedschaft wie etwa die Eisenbahner, die RATPler oder die Postler gegen den ausdrücklichen Willen ihrer Gewerkschaftsführung an den Streiks und Demonstrationen. Ihnen wurde dafür teilweise der Zugang zur Gewerkschaftszentrale versperrt. Die Gewerkschaftsvorsitzende Notat mußte bei einer Demonstration in Paris sogar von ihren Bodyguards vor den wütenden Attacken der eigenen Mitglieder geschützt werden. Der Sekretär der CFDT-Sektion für den Eisenbahnbereich, Bruno Dalberto, bezeichnete die Appelle der CFDT-Führung während des Streiks, die Arbeit wiederaufzunehmen, als Dolchstoß in den Rücken. Angesichts dieser massiven Konflikte ist es mehr als wahrscheinlich, daß sich wie



EISENBAHN-DEPOT AM NORDBAHNHOF, PARIS

schon bei früheren Auseinandersetzungen Teile der CFDT-Basis abspalten und wie zum Beispiel bei der Post mit der SUD oder nach dem Ausschluß ganzer Sektionen der CFDT aus dem Gesundheitsbereich eigene Gewerkschaften gründen oder sich einer der schon bestehenden autonomen Gewerkschaften anschließen werden. Erste Anzeichen für eine solche Entwicklung gibt es bereits. Die mit 38 000 Mitgliedern außergewöhnlich große Pariser CFDT-Sektion für den Erziehungssektor (SGEN) soll wegen der Angriffe auf die CFDT-Vorsitzende Notat aufgelöst werden. Ein Mitglied ihres Exekutiv-Ausschusses ist bereits zurückgetreten, weil er die Angriffe auf Notat gerechtfertigt hatte, und die Schlösser ihrer Büros sind von der CFDT-Führung schon ausgewechselt worden. Die SGEN, die ihre kollektive Verantwortung für die körperlichen Attacken zurückweist, will dagegen allerdings gerichtlich vorgehen.

Generell kann man sagen, daß sich dieser Streik gegenüber dem von 1986/87 dadurch unterschied, daß es außer in der CFDT zu keinen größeren Konflikten zwischen den aktiven Teilen der Gewerkschaftsbasis und dem Gewerkschaftsapparat kam. Die Gewerkschaftsführungen akzeptierten im großen und ganzen die Entscheidungskompetenz der Vollversammlungen der Beschäftigten, diese wiederum fügten sich, da sie während des Streiks keine nennenswerten Differenzen zu den Ansichten der Gewerkschaftsführungen hatten und die gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen auch nutzen konnten, zum Teil auch brauchten, weitgehend in die betriebs- und vor allem branchenübergreifenden Planungen der Gewerkschaften ein. Zwar kam es vielfach zu direkten Kontakten zwischen Streikenden aus verschiedenen Betrieben und Branchen (siehe die Berichte aus den Regionen), sie waren für den Verlauf des Streiks aber ohne ausschlaggebende Bedeutung. Den Gesamtverlauf bestimmten, zumeist in Absprache mit den Aktiven an der Basis, die Gewerkschaftsführungen.

### Das Ende des Streiks

Mit der großen Demonstration am 19. Dezember endete der Streik in den meisten Städten. Die Regierung Juppé hatte, nachdem sie den Studenten zuvor schon die verlangten Finanzmittel und 2000 Stellen<sup>5)</sup> zugestanden hatte, den Eisenbahnern in den Tagen zuvor alle speziell auf sie bezo-



genen Forderungen erfüllt, zunächst nur mündlich, am Tag vor der Demonstration dann aber auch schriftlich. Eingedenk der Erfahrungen bei der Air France, wo die Streikenden sich mit dem Rücktritt des Unternehmenschefs und vielfältigen mündlichen Zusagen zufrieden gegeben hatten, die im nachhinein nur zum Teil eingehalten wurden, hatten die Eisenbahner nämlich auf einer schriftlichen Zusicherung seitens des zuständigen Ministers bestanden. In dieser Zusicherung wurde den Eisenbahnern die Rücknahme aller für die SNCF geplanten Maßnahmen garantiert. Dabei gibt es jedoch einen wichtigen Unterschied. Alle Punkte, die das Rentensystem betreffen, wurden gänzlich zurückgenommen. Die spezielle Rentenkasse für die Eisenbahner bleibt erhalten; das Rentenalter für die Eisenbahner bleibt bei 55, für die Lokführer bei 50 Jahren; die Beitragszeit bleibt bei 37,5 Jahren; der Berechnungsmodus, demzufolge die letzten sechs Monate, bei den Lokführern die drei Jahre mit dem höchsten Verdienst, für die Rentenhöhe ausschlaggebend sind, bleibt ebenfalls der alte; außerdem wird auch das System der Familienbeihilfen nicht verändert. Die Punkte, die sich auf die Umstrukturierung beziehen, wurden dagegen nur eingefroren. Über diese Frage soll dann 1996 unter Mitwirkung der Gewerkschaften und der betroffenen Regionen und Kommunen neu verhandelt werden. Vermutlich werden außerdem auch die meisten Streiktage im nachhinein von der SNCF bezahlt. Abgesehen von diesen materiellen Erfolgen erreichten die Eisenbahner dann noch den Rücktritt des SNCF-Chefs Bergougnoux, der durch Le Floch-Prigent ersetzt wurde, den aufgrund seiner Funktionen unter den sozialistischen Regierungen und nicht zuletzt wegen seiner guten Kontakte zur CGT als »linker« Manager geltenden Chef von Gaz de France.

Da fast zeitgleich mit den Eisenbahnern auch die RATP-Beschäftigten ihre spezifischen Forderungen zum großen Teil durchsetzen konnten, waren die beiden Kerngruppen des Streiks erst einmal so weit zufriedengestellt, daß sie ihren Streik beendeten. Schon am 16. Dezember, also am Tag nach der Zusage der Regierung, hatte eine Mehrheit von 57 Prozent der Eisenbahner für die Wiederaufnahme der Arbeit

5) Ob es sich dabei jedoch tatsächlich um 2000 zusätzliche Stellen handelt, ist bislang unklar. Manche Beobachter sprechen von 4000 neuen Stellen, jeweils 2000 für die Lehre und für die Verwaltung in den Universitäten, andere dagegen nur von 260 wirklich zusätzlichen Stellen.

**ZWEI DEMONSTRANTEN AM 16. DEZEMBER IN NANTES. DER JANUAR WIRD DER MONAT WEITREICHENDER VERHANDLUNGEN SEIN.**



gestimmt. Am 17. Dezember waren es knapp 78 Prozent und am 19. Dezember dann gut 90 Prozent. Vor allem im Osten und Nordosten Frankreichs wurde für die Beendigung des Streiks gestimmt, während die Gegner einer Arbeitsaufnahme abgesehen von Rouen und Paris überwiegend im Süden und Südwesten des Landes saßen. In Marseille und Toulouse weigerten sich die Eisenbahner am längsten, die Arbeit wieder aufzunehmen. Noch vor Weihnachten lief der Eisenbahnverkehr dann überall fast reibungslos. Ähnliches traf auch auf den Nahverkehr zu. Außer in Marseille wurde auch in diesem Bereich der Streik in der Woche vor Weihnachten landesweit beendet. Bei allen anderen Gruppen des öffentlichen Sektors, die am Streik beteiligt waren, war die Entwicklung vergleichbar. Ihnen war wie den Eisenbahnern die Rücknahme aller Pläne zur Veränderung des gültigen Rentensystems zugesagt worden, allerdings nicht schriftlich. Am 18. Dezember befand sich deshalb nur noch ein kleiner Teil von ihnen, das Innenministerium nannte einen Prozentsatz von 0,44 Prozent, im Streik. Bei der Post beispielsweise war die Anzahl der bestreikten Verteilzentren an diesem Tag schon von 100 auf nur noch 15 gesunken. An den von der CGT für den 19. Dezember, also zwei Tage vor dem sogenannten Sozialgipfel zwischen Regierung, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, angesetzten Demonstrationen gegen die Regierungspläne zur »Sanierung« der »sécurité sociale« beteiligten sich dementsprechend nur relativ wenige Menschen. Statt mehrerer hunderttausend Demonstranten kamen landesweit nur noch mehrere zehntausend zusammen. Einen größeren Druck auf die Regierung konnte man damit nicht mehr ausüben.

Der Sozialgipfel, der von der CFDT, der christlichen Gewerkschaft CFTC und der Gewerkschaft der cadres (Vorgesetzte), CGC, gegen Bedenken von seiten der CGT und der FO vorgeschlagen worden war, brachte außer allgemeinen Willenserklärungen seitens der Regierung dann auch nichts. Die Hoffnung, den Staat und die ebenfalls beteiligten Unternehmerverbände wenigstens zu einer allgemeinen Lohnerhöhung bewegen zu können, erfüllte sich nicht. Das einzige materielle Resultat war ein sogenanntes »Konjunkturpaket«, das durch die Aufhebung von Sperrfristen bei bestimmten Sparformen, die Nichtbesteuerung von Gewinnen beim Verkauf von Investitionsfonds, falls diese für den Investitionsgüter- oder Immobilienerwerb genutzt werden, und die Ausweitung eines Wohnungsbaukredits zum Nullzins die Konjunktur ankurbeln soll.

Dieser Plan wird von den meisten Beobachtern äußerst skeptisch betrachtet, weil er viel weniger Kaufkraft mobilisieren dürfte, als der Wirtschaft durch die neue 0,5-prozentige Sondersteuer entzogen wird. Diese wurde am 1. Januar dieses Jahres, nämlich ungeachtet aller Proteste, von Premierminister Juppé per Dekret in Kraft gesetzt, nachdem ihm das Parlament im Dezember trotz erheblicher verfassungsrechtlicher Bedenken vieler Staatsrechtler die Ermächtigung zu diesem Schritt erteilt hatte.

### **Erfolg oder Mißerfolg?**

Betrachtet man das Ergebnis der über drei Wochen dauernden Demon-

strationen und Streiks unter dem Blickwinkel, ob die Streikenden mit ihren Forderungen nun erfolgreich gewesen sind oder nicht, so zeigt sich ein widersprüchliches Bild. Auf der einen Seite ist der Angriff auf das Rentensystem im öffentlichen Sektor erst einmal weitgehend abgewehrt worden. Das ist zweifellos ein großer Erfolg angesichts der Massivität des Angriffs und der Bedeutung, die das Rentensystem in der Auseinandersetzung um die sozialen Errungenschaften der französischen Arbeiterbewegung besitzt. Auch wenn für viele Bereiche bislang nur mündliche Zusagen seitens der Regierung vorliegen, so ist angesichts der Schärfe des Konflikts nicht damit zu rechnen, daß die Regierung diese Abprache bricht.

Außerdem sind die Pläne der Regierung hinsichtlich der Rationalisierung und Privatisierung von Staatsunternehmen erst einmal auf Eis gelegt worden. Zumindest in zeitlicher Hinsicht, sehr wahrscheinlich aber auch in Bezug auf die Form der Umstrukturierungen wird der Staat Zugeständnisse machen müssen. Aufgrund der dominierenden Rolle, die der staatliche Sektor in Frankreich spielt, bedeutet die Abwehr der auf den öffentlichen Dienst zielenden Regierungspläne, daß ein zentraler, wenn nicht sogar der zentrale Teil des Angriffs von Staat und Kapital abgewehrt worden ist.

Auf der anderen Seite darf man allerdings auch nicht übersehen, daß die Demonstranten und Streikenden ihr erklärtes Ziel, den ganzen Plan Juppé zu Fall zu bringen, nicht haben erreichen können. Die Sondersteuer wurde per Dekret bereits zum 1. Januar beschlossen, und die anderen Sparbeschlüsse wie die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge oder die Einbeziehung der Familienbeihilfen in die Besteuerung sind bislang ebenfalls nicht zurückgezogen worden, obwohl es Ankündigungen gab, zumindest die für 1997 geplanten Maßnahmen erst einmal auszusetzen. Wie groß die Widerstände gegen die Sondersteuer nach den Massendemonstrationen und -streiks inzwischen allerdings selbst in den Reihen der Regierungsparteien sind, zeigt die Tatsache, daß die konkrete Einführung der neuen Steuer auf Druck der die Regierung tragenden Parlamentsfraktionen um einen Monat verschoben worden ist und einige frühere konservative Minister sogar ihre Aussetzung bis zum nächsten Jahr gefordert haben.

Ausschlaggebend für das Vorgehen der Regierung war das Kalkül, mit den Zugeständnissen an die Eisenbahner und zum Teil auch an die anderen Beschäftigten des öffentlichen Sektors die Kraft der Bewegung brechen und so zumindest die nicht ausschließlich auf den öffentlichen Sektor zielenden Bestandteile des Sparpakets retten zu können. Da es der Regierung über drei Wochen lang nicht gelungen war, durch einzelne Teilzugeständnisse an die Eisenbahner als die Kerngruppe der Streikenden deren Front aufzubrechen, mußte sie letztlich alle spezifischen Forderungen der Eisenbahner erfüllen, um die Gefahr einer weiteren Verschärfung und eventuell sogar Ausbreitung des Konflikts bannen zu können.

Mit der Rücknahme aller speziell die Eisenbahner betreffenden Teile der Regierungspläne und der Zusage, das bisherige System der Rentenversicherung im gesamten öffentlichen Sektor nicht anzutasten, hat die Regierung die Forderungen der Streikenden soweit erfüllt, daß die meisten von ihnen in der Fortsetzung des Streiks, gerade auch angesichts der bevorstehenden Feiertage, keinen Sinn mehr sahen.

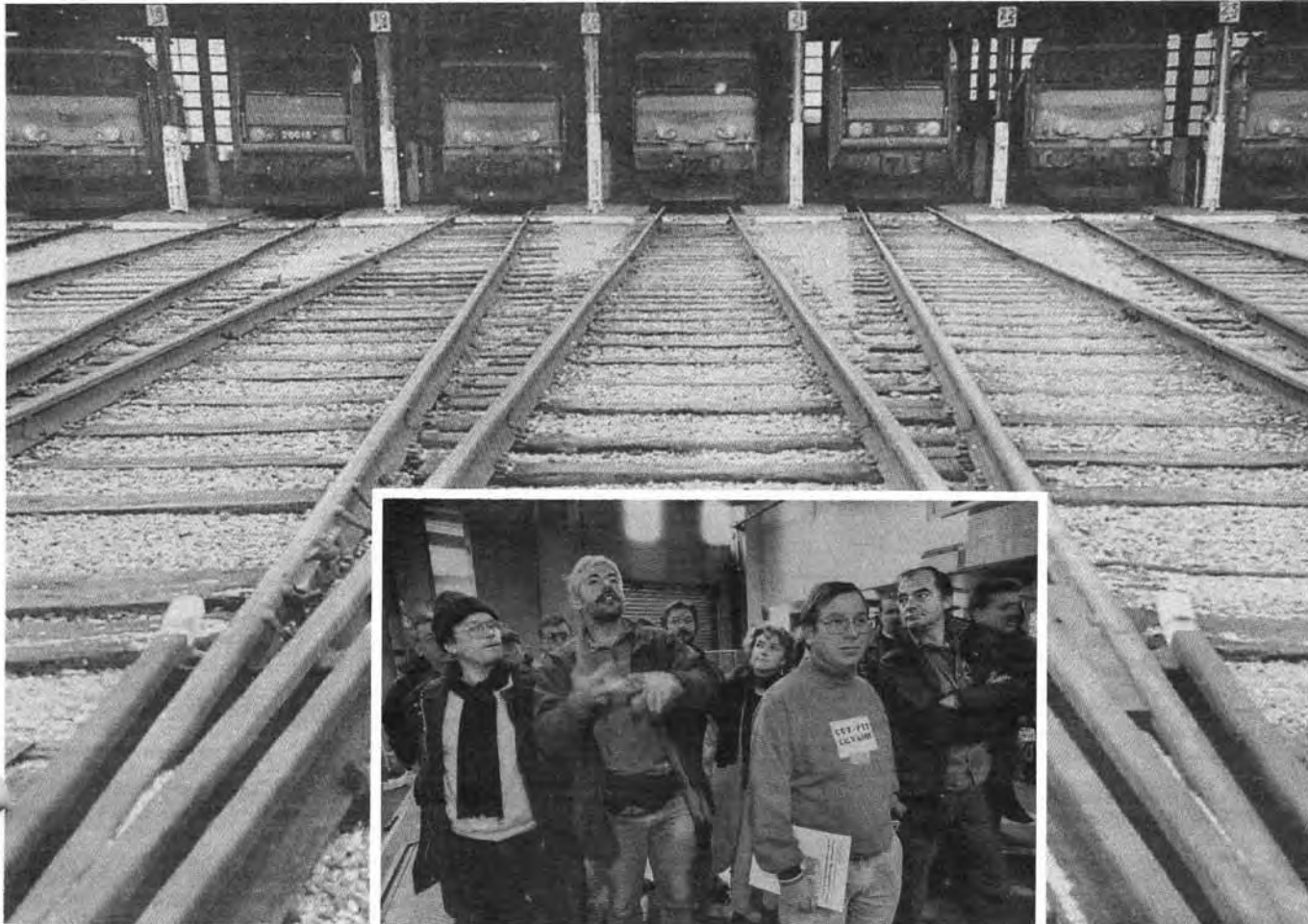
Entscheidend war dabei das Verhalten der Eisenbahner. Sie hatten den Kern der Bewegung gebildet. Als sie sich mehrheitlich gegen eine Fortführung des Streiks aussprachen, war klar, daß erst einmal Schluß sein würde. Mit dem Wiederanlaufen des Eisenbahnverkehrs verlor der Streik sein Zentrum, um das herum sich alle anderen gruppieren konnten. Dieser Tatsache waren sich alle bewußt. Daher gab es bis zuletzt Versuche von Streikenden aus anderen Bereichen wie etwa der RATP, die Eisenbahner zu einer Fortsetzung ihres Streiks zu bewegen. Abgesehen von einzelnen Städten wie etwa Marseille blieben sie jedoch erfolglos. Die Eisenbahner hatten aus ihrer Sicht soviel erreicht, daß die meisten nach drei Wochen Streik nicht noch länger auf Lohn verzichten wollten, nur um zu versuchen, stellvertretend für die Masse der Bevölkerung Forderungen durchzusetzen, für die kaum jemand in der Privatwirtschaft streikte.

Deshalb ist für das Ende des Streiks auch nicht entscheidend, daß die Versuche von Nicht-Eisenbahnern, auf die über das Streikende entscheidenden Vollversammlungen der Eisenbahner zu gelangen, seitens der CGT und der FO teilweise verhindert worden sind. Den Wunsch, noch vor Weihnachten zu einem Ende zu kommen, weil mehr erst einmal nicht heraus zu holen sei, teilte die große Mehrheit der Eisenbahner mit den Gewerkschaften.

Die Stimmung bei den meisten anderen Beschäftigten des öffentlichen Sektors war im Grundsatz ähnlich. Auch sie sahen angesichts des fehlenden Übergreifens auf die Privatwirtschaft erst einmal keine großen Chancen, die allgemeinen Sparmaßnahmen verhindern zu können, und begnügten sich daher mit dem Erfolg in der Rentenfrage und der Hoffnung, aufgrund der im Streik gezeigten Stärke auch in anderen sie speziell betreffenden Fragen wie beispielsweise dem Einsatz von unterbezahlten Teilzeitkräften bei der Post, den geplanten Deregulierungsmaßnahmen in der Elektrizitätswirtschaft oder der schlechten Ausstattung vieler öffentlicher Dienste im nachhinein noch etwas herausholen zu können.

Inwieweit das möglich sein wird, werden die nächsten Wochen und Monate zeigen. In vielen einzelnen Bereichen wird es zu neuen Auseinandersetzungen kommen. Der Erfolg der Eisenbahner und die eigenen Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit dem Staat werden die Beschäftigten dabei sicherlich motivieren.

Dies zeigt schon das Beispiel der Beschäftigten der Marseiller Verkehrsbetriebe (RTM), die bis zum 9. Januar weiter gestreikt haben. Sie haben durchsetzen können, daß das 1993 eingeführte Doppelstatut, demzufolge neu eingestellte Busfahrer zwei Stunden und 20 Minuten pro Woche länger arbeiten mußten und gleichzeitig 600 Francs im Monat weniger verdienten, zurückgenommen wurde. Die 300 der insgesamt 1100 Busfahrer, die diese drastische Verschlechterung bislang hatten hinnehmen müssen, sind nun ihren Kollegen mit längerer Beschäftigungszeit rechtlich gleichgestellt. Der Erfolg der Marseiller Busfahrer ist auch über Marseille hinaus von großer Bedeutung, weil das dortige Doppelstatut Vorbildcharakter für ähnliche Maßnahmen in anderen Städten haben sollte. Mit deren Realisierung ist jetzt erst einmal nicht mehr zu rechnen. Ob andere Konflikte ebenso ausgehen werden, kann man derzeit nicht sagen. Sicher ist jedoch, daß die Erfahrungen aus dem jetzigen Streik die Chancen der Beschäftigten verbessert haben, sich gegen die Angriffe von Staat und Kapital erfolgreich zur Wehr zu setzen. ■



## Interview mit einem Angestellten der staatlichen Eisenbahngesellschaft SNCF

Das Interview fand am  
17. Dezember 1995 statt.

**Frage:** Welche Zugeständnisse hat die Regierung deiner Meinung nach machen müssen?

**Antwort:** Die Beibehaltung der für die Anwartschaft auf vollen Pensionsanspruch notwendigen 37,5 Arbeitsjahre (statt der beabsichtigten 40 Jahre) für die Beamten des öffentlichen Dienstes ist eindeutig ein Gewinn, wobei die Frage der eigenen Rentenkasse für die SNCF bislang noch nicht eindeutig geklärt ist. Auch der Rücktritt von SNCF-Chef Jean Jergounoux ist sicherlich ein Gewinn und läßt es möglich erscheinen, daß der »contrat de plan« nicht in seiner ursprünglich vorgesehenen Form durchgeführt wird.

Man muß jedoch betonen, daß die SNCF traditionell eine Art »Inselstatus« besessen hat; zum einen in dem Sinn, daß die Beschäftigten schon immer bestimmte Vergünstigungen genossen haben gegenüber dem Rest des öffentlichen Dienstes, zum Beispiel in Form von 100-prozentiger Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (in anderen Bereichen gibt es eine gewisse Anzahl von unbezahlten Karenztagen) und einer höheren Erstattung von Kosten für Medikamente. Zum anderen in dem Sinn, daß die bei der SNCF durchgeführten Streiks in der Vergangenheit schon immer symbolischen Charakter besessen haben und allgemeingültige Veränderungen immer bei der SNCF ihre Auslöser gehabt haben. Das gilt übrigens auch für die landesweit zu verzeichnenden massiven Zersplitterungstendenzen der bestehenden Gewerkschaften, die innerhalb der SNCF auch schon in den 20er Jahren begonnen haben.

Die »Dissidenz« innerhalb der SNCF war traditionell immer relativ hoch und hat auch diesmal weite Teile der

»cadres« einbezogen, die auch sehr stark gegen die Umstrukturierungspläne eingestellt sind. Bezogen auf die für die SNCF erzielten Ergebnisse kann man vielleicht am ehesten von einem taktischen Sieg für die Beschäftigten und einer strategischen Niederlage der Regierung sprechen. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß die Regierung in dem für sie wichtigsten Punkt, nämlich der Durchsetzung des »Plan Juppé«, bislang keinerlei Kompromisse gemacht hat und sie nach meiner Meinung auch nicht wird machen müssen, weil sie im Grunde über alle dafür notwendige Macht verfügt (große Mehrheiten vielerorts in den Kommunalräten).

**Frage:** Wie war der Kontakt unter den Streikenden? Hat es ähnlich wie bei »Air France« Verbindungen gegeben zwischen verschiedenen Bereichen?

**Antwort:** Allgemein kann man sagen, daß die jeweiligen Generalversammlungen von der Gewerkschaft gut kontrolliert wurden, obwohl ihr Einfluß gemessen am Organisationsgrad der Beschäftigten bekanntermaßen sehr gering ist und auch immer schwächer wird. Im Gegensatz zum Streik bei »Air France« haben sich keine Aktionskomitees gebildet; dennoch hat es viele Kontakte zwischen verschiedenen Gruppen gegeben: Besonders deutlich war das meines Wissens zwischen SNCF und PTT der Fall, die sich nach außen hin sehr solidarisch gezeigt, zusammen Streikposten gestellt und darüber hinaus gemeinsam andere Betriebe angesprochen haben. In Rouen (dort hat übrigens die studentische Bewegung ihren Anfang genommen) war die Beteiligung der Studenten an den Demonstrationen sehr hoch, was u.a. damit zu erklären ist, daß ein überdurchschnittlich hoher

Prozentsatz der Studenten aus Arbeiterfamilien stammt und somit viele dieser Kontakte eine ganz natürliche Basis hatten. Dort sollen manchen Angaben zufolge zu bestimmten Zeitpunkten zehn Prozent der Bevölkerung des gesamten Départements am Streik beteiligt gewesen sein. In diesem Zusammenhang spielt es sicherlich eine große Rolle, daß in vielen dieser Orte die Arbeitslosigkeit sehr hoch ist und das Gefühl der Menschen, von sozialer Unsicherheit bedroht zu sein, sehr stark verbreitet ist.

**Frage: Wie hoch ist zur Zeit der gewerkschaftliche Organisationsgrad?**

*Antwort:* 1986 waren noch ca. 20 Prozent der Beschäftigten der SNCF organisiert, der allgemeine Organisationsgrad der Arbeiter und Angestellten lag bei ca. zehn Prozent, wobei der Anteil der Rentner relativ hoch ist. Heute sollen bei der SNCF nur noch ca. zehn Prozent organisiert sein, und im allgemeinen ist die Zahl noch niedriger, wobei der Prozentsatz der in der Privatwirtschaft Organisierten, mit Ausnahme von wenigen großen Betrieben, verschwindend gering ist.

**Frage: Wie stellen sich die Verhältnisse innerhalb der einzelnen Gewerkschaften dar?**

*Antwort:* Was die CFDT angeht, so ist es wahrscheinlich, daß eine noch größere Zersplitterung stattfinden wird gegenüber der bereits eingetretenen. So gibt es zum Beispiel im Bereich der Post die SUD, die sehr stark geworden ist und die auch eine große Anzahl von »cadres« aufweist. Außerdem hat es in der CFDT schon immer starke anarcho-syndikalistische Strömungen gegeben, die sich in der CNT (anarchosyndikalistische Gewerkschaft) sammeln; die CSL gehört quasi zu den »gelben« Gewerkschaften und war zum Beispiel bei der Autofirma SIMCA sehr stark vertreten.

Die FO, die sich 1947 von der CGT abgespalten hat, hat sich bei der SNCF sehr vehement für den Streik eingesetzt, weil sie ihren Einfluß innerhalb der Institutionen der Sozialversicherungen stark in Gefahr sieht. Allgemein gibt es seit dem Wegfall des »kalten Krieges« immer weniger Gründe, der FO anzugehören, so daß auch hier wohl eine immer weitere Zerbröselung eintreten wird. Einerseits gibt es in der FO einen Flügel, der mit Nicole Notat sympathisiert und der sich schon immer als verantwortungsbewußt und kooperativ darstellen wollte und sich damit einhergehend immer gegen die Teilnahme an Demonstrationen ausgesprochen hat.

Andererseits hat Blondel sich mit seinem Schaukelkurs auch Feinde geschaffen, indem er zunächst den Generalstreik befürwortete und am nächsten Tag nur noch von dem Wunsch einer Ausweitung der Bewegung sprach und damit praktisch der CFDT den Weg zum Unterlassen des Streikaufrufs ebnete. Vor allem in den Betrieben der Metallindustrie und der Verwaltung scheint die Opposition gegen die FO-Politik relativ groß zu sein; auch die Tatsache, daß die FO bei »Air France« nicht zur Teilnahme an den Demos aufgerufen hat, ist möglicherweise ein Indiz unter anderem dafür, daß die weitere Zersplitterung bereits eingesetzt hat.

In der CGT ist derzeit keine Zersplitterung bekannt; möglicherweise wird die CGT angesichts der Schwäche der PC auch zunehmend unabhängiger.

Im Bereich des Unterrichts- bzw. Erziehungswesens gibt es eine Fülle von Splittergruppierungen. Als grobe Unterscheidung kann man davon ausgehen, daß

die Mehrheit der organisierten Grundschullehrer der FEN, die der Gymnasiallehrer der CGT angehört. Die CFDT ist mehr und mehr bestrebt, Lehrer auszuschließen. Dennoch ist bemerkenswert, daß trotz der in diesem Bereich besonders zahlreichen Zersplitterungen die Mobilisierung für den Streik sehr groß war (zum Beispiel in St. Etienne sollen sich 80 Prozent der Lehrer im Streik befunden haben).

**Frage: Allem Anschein nach waren bei der Demo am 16. Dezember wenig Studenten und Schüler, dafür überwiegend Leute im Alter zwischen 30 und 50?**

*Antwort:* Dieser Eindruck ist richtig. Seit Ende der 70er Jahre findet eine Veränderung der Bevölkerung statt: Gab es damals nur ca. 600 000 Studenten, wuchs deren Zahl in 1986 auf eine Million und macht heute bereits ca. zwei Millionen aus, deren Hauptanliegen in dem Wunsch besteht, Geld zu verdienen und sich in diese Gesellschaft auf bestmögliche Weise zu integrieren.

Die an die Studenten von Seiten der Regierung gemachten Zugeständnisse sind in meinen Augen eher symbolisch zu verstehen, ohne daß die Versprechen zwangsläufig eingehalten werden müssen.

**Frage: Viele Streikende haben angegeben, für die zukünftigen Arbeitsplätze ihrer Kinder zu streiken. Ist dieser Eindruck richtig?**

*Antwort:* Vor allem für den Bereich der Normandie war das sicherlich ein starkes Motiv für die Streikenden. Für Paris ist vieles sehr viel schwieriger zu beurteilen. Zum einen ist eine Atomisierung sowie eine zunehmende Isolation der Menschen zu beobachten, die u.a. dadurch bedingt

**DIE ARROGANZ DER HERRSCHENDEN KLASSE:**





ist, daß der Wohnort nicht selten 50 oder 60 km von der Arbeitsstätte entfernt ist; zum anderen haben sich in den vergangenen 20 bis 30 Jahren vielfach neue Formen der Städteplanung durchgesetzt, in deren Zuge neue Vororte, die sogenannten »villes humaines« (menschliche Städte), entstanden sind, in denen Menschen leben, die nicht sehr reich, aber auch nicht sehr arm sind.

All das zusammengenommen führt dazu, daß es heute – verglichen mit früheren Zeiten – sehr viel schwieriger geworden ist, in Paris irgendwelche Bewegungen auszumachen oder solche zu organisieren. Was dennoch sichtbar wird, ist eine Veränderung des Lebensstandards in den letzten 20 Jahren dergestalt, daß die Spaltung der Gesellschaft immer mehr fortschreitet. Während die am unteren Rand der französischen Gesellschaft Lebenden inklusive der Mittelschicht immer ärmer werden (in den letzten zwölf Jahren ist

die Anzahl der Obdachlosen deutlich gestiegen), nimmt der Reichtum einer kleinen Minderheit immer mehr zu.

Frankreich hat heute das Problem, daß eine klare Diskussion über die herrschenden Verhältnisse fast unmöglich geworden ist, weil sich die politische Macht Frankreichs quasi als »Oligarchie« präsentiert, innerhalb derer die Elite des Landes sich fest miteinander verbunden als »geschlossene Gesellschaft« begreift und die Basis der Gesellschaft auf politischer Ebene nichts mehr wirklich tun kann.

Die Herausbildung eines so gearteten gesellschaftlichen Elitesystems ist innerhalb Europas praktisch beispiellos und hat in Frankreich zu der neuen Situation einer »oligarchischen Demokratie« geführt, die selbst nach dem Maßstab einer parlamentarischen Demokratie keine solche mehr ist, da sie sich jeglicher Kontrolle durch den Rest der Gesellschaft entzieht. ■

## Gespräch mit einem Aktiven der Lehrgewerkschaft FSU

**Zusammenfassung; keine exakte wörtliche Wiedergabe**

**Frage: Was war der konkrete Auslöser der Streikbewegung?**

*Antwort:* Der konkrete Auslöser war der sogenannte »Plan Juppé«. Er wurde von der Regierung in den letzten Monaten ausgearbeitet, um die Staatsfinanzen, insbesondere die Sozialversicherung, zu sanieren, und zwar auf Kosten v.a. der Werkstätigen im öffentlichen Dienst. Er beinhaltet verschiedene Maßnahmen. Dazu gehören u.a.: eine Art Lohnsteuererhöhung von 0,5 Prozent, eine Anhebung der Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung, ausschließlich zu Lasten der Lohnabhängigen, sowie die Erhöhung des Eintrittsalters in die Rentenzahlung von 37,5 Jahre auf 40 Jahre der Beitragszahlung im öffentlichen Dienst.

Ein weiterer Bestandteil der Sanierung der Staatsfinanzen ist die Privatisierung der Staatsbahn SNCF. Sie beinhaltet: eine drastische Personalreduzierung, die Schließung unrentabler Nebenstrecken und eine Anhebung des Pensionsalters für die Lokführer von 50 auf 55 Jahre. Diese Maßnahmen, in Kombination mit dem auch die Eisenbahner betreffenden Maßnahmenpaket für den öffentlichen Dienst, brachten das Faß zum Überlaufen. Initiatoren waren die Lokführer, die aber, im Gegensatz zu vergangenen Streiks, gleich die anderen Eisenbahner einbezogen haben.

**Frage: Wie ist die Stimmung in der Bevölkerung?**

*Antwort:* Die allgemeine Stimmung ist auch nach zwei Wochen Streik überwiegend positiv. Insbesondere die große Mehrheit der Arbeiter und kleinen Angestellten in der Privatwirtschaft tragen die oft stundenlangen Anfahrtswege zur Arbeit mit Fassung und Sympathie für die Streikenden. Sie wissen, daß eine Niederlage im öffentlichen Dienst auch für sie eine weitere Verschlechterung nach sich ziehen würde.

**Frage: Welche Rolle spielen die Gewerkschaften, insbesondere die Führungen? Gibt es einen Druck von der Basis? Welche Rolle spielen die Unorganisierten?**

*Antwort:* Die Gewerkschaften spielen eine unterschiedliche Rolle. Allgemein kann man sagen, daß der Anstoß und die Organisation der Kämpfe von den Führungen der CGT und der FO kam. So war zum Beispiel bei den Eisenbahnern in Strasbourg eine Woche vor dem Streikbeginn noch nicht vom Streik die Rede. Die Führungen tun dies allerdings nicht aus dem luftleeren Raum heraus. Mit der Initiative zum Streik sind sie einer wachsenden Unzufriedenheit an der Basis entgegengekommen. Das geschah nicht uneigennützig.



ALLE GEMEINSAM MIT DER FAMILIE; HEUTE AUF DEN STRASSEN FRANKREICHS

Für die Führungen aller drei großen Gewerkschaften geht es um den Erhalt der materiellen Grundlagen der Gewerkschaftsbürokratie und eines gewissen Einflusses in der Gesellschaft. Gleichzeitig wollen sie als Verhandlungspartner bei der Regierung anerkannt bleiben und müssen zeigen, daß

sie die Kontrolle über die Bewegung behalten. Das ist bisher gelungen.

Insgesamt sind nur knapp zehn Prozent der Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert. Im öffentlichen Dienst sind es vielleicht noch 30 Prozent, so daß der öffentliche Dienst die Hauptstütze der Gewerkschaft bildet. Die treibende und größte Kraft der Streikbewegung ist die CGT. Sie hat ihren Schwerpunkt bei der Bahn. Ca. 30 000 der 180 000 Eisenbahner sind in der CGT organisiert. Ihre Bindung an die Kommunistische Partei hat sich gelockert, ist aber durch ca. 15 bis 20 Prozent KP-Mitglieder innerhalb der CGT noch vorhanden. Die zweite Kraft der Streikbewegung bildet die Force Ouvrière (FO). Sie hat ihren organisatorischen Schwerpunkt bei den Behördenangestellten, zum Teil im Gesundheitswesen. Die Führung ist überwiegend reformistisch orientiert, aber nicht so sehr auf die Sozialistische Partei fixiert. Entscheidend für das überraschend starke Engagement der FO ist ihr zum Teil großer Einfluß in den Verwaltungen der Sozialversicherung. Hier drohen mit dem »Plan Juppé« massive Einschnitte und somit Einflußverluste für die FO. Die drittgrößte Gewerkschaft, die CFDT, ist durch den Streik ziemlich zerrissen. Die Führung unter Nicole Notat tritt als prinzipielle Befürworterin der sogenannten Sozialreformen auf und stellt sich so gegen große Teile der Basis, insbesondere bei der Bahn. Durch den Druck dieser Basis sind sie nun gezwungen, sich an der Koordination der Bewegung zu beteiligen. Ca. ein Drittel der CFDT steht in Opposition zur Führung. Ähnlich wie der CFDT ergeht es den zwei kleinen Gewerkschaften CFTC (christlich) und Confédération general de cadres (CGC, mittlere und höhere Angestellte, Ingenieure und Techniker). Sie müssen unter dem Druck ihrer Basis mitmachen, sind aber insgesamt einflußarm.

Eine hohe Beteiligung am Streik gibt es auch bei den gewerkschaftlich nicht Organisierten. Sie bilden auch im öffentlichen Dienst die Mehrheit der Werkstätigen. Sie ziehen voll mit, denn sie wissen, um was es für sie geht. Die Gewerkschaften hoffen, durch ihr Engagement einige Nichtorganisierte zu gewinnen. Insgesamt kann man sagen, daß es eine gute Koordination auf zentraler und regionaler Ebene gibt.

#### **Frage: Wie verläuft die Ausdehnung auf den privaten Sektor?**

*Antwort:* Trotz der o.g. allgemeinen Sympathie für den Streik bei der überwiegenden Zahl der Beschäftigten im privaten Sektor hält sich die Bewegung dort in engen Grenzen. Es bleibt meist bei Warnstreiks aus Solidarität bzw. bei der Entsendung von Delegationen auf die diversen Kundgebungen. Den Gewerkschaften geht es dort noch schlechter als im öffentlichen Dienst. So sind zum Beispiel von den 12 000 Beschäftigten bei Peugeot-Mulhouse lediglich 500 in einer Gewerkschaft organisiert. Teilweise gibt es dort dann auch Stimmen, die sagen, an der ganzen Krise des Sozialsystems seien die Immigranten und Ausländer schuld, wie zum Beispiel bei General Motors in Strasbourg. Das ist ein schwieriges Feld für die Aktivisten der Gewerkschaften.

#### **Frage: Wie kam es zu den militanten Auseinandersetzungen im lothringischen Merlebach?**

*Antwort:* Das dortige Kohleunternehmen ist halbstaatlich. Die Gewerkschaften forderten schon Wochen vor dem allgemeinen Streik die Betriebsleitung zu Lohnverhandlungen auf. Diese lehnte jedes Gespräch ab. Im Zuge der Streik-

entwicklung demonstrierten am Donnerstag, dem 7.12.1995, über 4000 Bergleute, um die Betriebsleitung unter Druck zu setzen. Diese wiederum bestellte die Bereitschaftspolizei CRS, die mit ca. 1000 Mann die Demonstranten provozierte, um sie einzuschüchtern. Erreicht wurde das Gegenteil. Die Bergleute wurden noch mehr gereizt, und so kam es zu den Zerstörungen und Verletzten. Bemerkenswert wäre noch, daß die Aktiven dort besonders in der christlichen Gewerkschaft CFTC organisiert sind. Die Regierung hat die Betriebsleitung inzwischen zu Gesprächen aufgefordert.

#### **Frage: Wie entwickelt sich der Streik im Bildungssektor?**

*Antwort:* Bisher sehr schleppend. Die Lehrer haben Anfang der Woche (4.12.1995) die Teilnahme beschlossen. Am Donnerstag (7.12.1995) waren ca. 50 Prozent, am Freitag (8.12.1995) 30 Prozent im Streik. Auch hier sind die Gewerkschaften gespalten. Neben der reformistischen FEN gibt es seit 1992 die FSU unter Dominanz der Linken (KP, Linke aus der SP, Troztkisten von Lutte Ouvrière und Ligure communiste revolutionaire).

#### **Frage: Welche Folgen hat der Streik materiell für die Teilnehmer? Gibt es Absicherungen wie Streikkassen u.ä.?**

*Antwort:* Die härteste Folge für die meisten Streikenden ist der Verdienstausfall; bei den Eisenbahnern nun schon zwei Wochen. Trotzdem sind sie bereit, das durchzustehen. Ein Eisenbahner sagte, seine Familie lebe nur noch von Eiern und Nudeln. Wenn es nicht mehr für die Eier reiche, werde man eben nur noch Nudeln essen. Disziplinarisch wird der Streik wohl keine direkten Folgen haben, da ja alle ziemlich solidarisch sind und zusammenhalten. Viele sagen, es gebe kein Zurück: »Wenn wir zwei Wochen durchhalten, schaffen wir auch vier Wochen«. Absicherungen gibt es nicht. Die FO ruft zu Spenden für einen Solidaritätsfonds auf. Eine nächste Forderung der Gewerkschaften muß die Bezahlung der Streiktage sein.

#### **Frage: Wie verhalten sich die politischen Parteien?**

*Antwort:* Überraschenderweise halten sich die großen Parteien zurück. Insbesondere die Kommunistische Partei unterstützt die Bewegung zwar agitatorisch, wird in der Mobilisierung aber kaum direkt aktiv. Die Führung unter Hue sagt, daß das Sache der Gewerkschaften sei. Dafür gab es schon Kritik aus den eigenen Reihen, und zwar vom traditionellen Flügel um Marchais. Diese Kräfte sind aber in der Minderheit. In der SP versucht besonders Jospin die Streikwelle zu nutzen, um die Regierung anzugreifen. Das beschränkt sich aber auf Wortradikalismus. Die Kräfte des rechten Flügels um Rocard vertreten die Meinung, daß die »Reformen« notwendig seien, wenden sich aber gegen die Methode von Juppé. Sie wollen die Sachen etwas sozialer anstreichen. Rocard hat ein Weißbuch veröffentlicht, wo er fast die gleichen Vorschläge hat wie Juppé.

Im bürgerlichen Lager gibt es einen gewissen Druck von den Rechten. So versucht der Rechtsgauleist Pasqua, ebenso wie Le Pen, den Streik für seine Anti-Europa-Linie zu instrumentalisieren. Auch der Linkssozialist Chevenement (Ex-Verteidigungsminister) geht in diese Richtung. Allerdings geht die Stimmung der Streikenden bisher nicht in diese Richtung. Die EU-Maastricht-Problematik spielt bisher nur eine sehr untergeordnete Rolle. Die revolutionäre Linke hat nur örtlich begrenzten Einfluß auf die Streikbewegung. ■



DIE ANGESTELLTEN DER SCHECKABTEILUNG VON DER POST; SOTTEVILLE-LES-ROUEN

## Streiks und Demonstrationen in der Provinz

### Clermont-Ferrand

Das gab's seit 1968 nicht mehr in Clermont-Ferrand: 15 bis 20.000 Demonstranten liefen stundenlang durch die Innenstadt. Es herrschte eine gute Stimmung, und sie riefen die Parolen: »Nieder mit dem Plan Juppé«, »Juppé muß zurücktreten«.

Allen voran gingen die sehr kämpferischen Eisenbahner, mitgerissen von den Fanfaren der Kunststudenten. Seit 15 Tagen befinden sie sich alle im Streik, was sogar dazu führt, daß der Bahnhof der SNCF komplett für die Öffentlichkeit geschlossen ist. Jeden Tag stimmen sie für die Aufrechterhaltung des Streiks. Ihre Aktionen werden mit Sympathie erfolgt und erhalten Unterstützung. So haben ihnen zum Beispiel die Händler des Bahnhofsviertels eine Mahlzeit angeboten, die sie auf den Bahnsteigen entlang der verwaisten Bahngleise eingenommen haben. Oder auch von den Studenten, die eine Zeitlang die Mautstelle der Autobahn Clermont – Paris besetzt hatten und den Streikenden 5000 Francs gaben, die sie in kurzer Zeit von den Autofahrern eingenommen haben.

Unter den Demonstranten gab es aktive Gruppen von Postarbeitern, von den Elektrizitätswerken und den Reparaturabteilungen, oder auch von der Bank von Frankreich, wo 800 Stellen gestrichen werden sollen. Die Krankenhausbetrieben waren sehr zahlreich vertreten.

Am Universitätskrankenhaus haben alle Gewerkschaften aufgerufen. Am Montag (4.12.) haben in einer Generalversammlung ungefähr 500 Personen aus allen Bereichen für den verlängerbaren Streik gestimmt. An den Eingängen der Gebäude wurden Transparente befestigt. Die Stimmung war lebendig unter den Beschäftigten. Bedeckt mit Tüchern, die zahlreiche Anti-Juppé-Parolen trugen, tanzten sie eine Saramba um eine Krankentrage herum, die durch die ganze

Stadt getragen wurde. Eine Puppe, die einen schlafenden Kranken darstellte, trug dieses Plakat: »Wenn der Doktor Juppé seine Anordnungen nicht ändert, können wir ihn nicht retten«...

Bei der AIA, eine Reparaturfabrik für Militärflugzeuge und -hubschrauber, wurde, einem Aufruf der CGT und der CFDT folgend, für den verlängerbaren Streik gestimmt. Um darauf aufmerksam zu machen, wurde die Landepiste des Flughafens von Aulnat besetzt, was den Luftverkehr gestört hatte und dazu führte, daß mehrere Flugzeuge umgeleitet werden mußten.

Bei Michelin hatten die CGT und die CFDT wie in den Vortagen zu einer zwei-stündigen Arbeitsniederlegung aufgerufen.

Fast tausend Streikende aus den drei wichtigsten Fabriken von Cataroux, La Gombaude und Ladoux kamen, um die Reihen der Demonstranten zu füllen.

Allen machte es Mut, so viele Leute zu sehen und im Konzert von Knallfröschen, Hupen und improvisierten Trommeln bereitete man sich schon von neuem darauf vor, die Aufrufe zum Streik und zur Demonstration zu befolgen, um Juppé und die Regierung zum Nachgeben zu bringen.

### Rouen-Sotteville

Der Streik in der Stadt hatte im Depot von Sotteville angefangen. Er orientierte sich an der Demonstration vom 24. November, zu der sich über 10 000 Arbeiter in Rouen versammelten, unter ihnen mehrere hundert Eisenbahner.

In allen Bereichen der SNCF ist der Streik massiv gewesen. Auf zwei Versammlungen der Mechaniker am Freitag und Samstag stimmten über 90 Prozent, von 100 respektive 120 Teilnehmern, für den Streik. Die anderen Bereiche hatten beschlossen, sich am Montag morgen zu versammeln, aber bereits vor Ende des Wochenendes trat das Zugpersonal in den Streik. Am frühen Montag morgen waren die Streikposten schon auf ihren Plätzen. In den Werkstätten von Quatre-Mars stimmten die anwesenden 500 Arbeiter einstimmig für den Streik. Genauso war es in den Versammlungen des Bahnhofs von Rouen-Droite, wo 250 Eisenbahner versammelt waren, sowie auch in der des Depots Sotteville, wo die anwesenden 200 Eisenbahner für die Durchführung des Streiks gestimmt hatten.

Der Wille, auf die Angriffe der Regierung zu antworten, charakterisierte die Stimmung und die Beiträge der Mehrzahl derjenigen, die auf den Versammlungen das Wort ergriffen: »Contrat de plan' (Sanierungsvertrag) und 'Plan Juppé' – alles derselbe Mist. Darauf müssen wir reagieren. Das betrifft alle, nicht nur alle möglichen Kategorien von Eisenbahnern, nicht nur den ganzen öffentlichen Dienst, sondern alle Lohnabhängigen.«

Diese Haltung wurde breit geteilt. So haben zum Beispiel in den Werkstätten von Quatre-Mars einige Aktive der CGT vorgeschlagen, die Werkstätten zu besetzen. Mehrere Arbei-

ter sind dann aufgetreten, um zu sagen, daß man im Gegenteil die Mauern von Quatre-Mars verlassen müsse, sich auf der Straße zeigen müsse und die anderen Bereiche sowie Arbeiter anderer Betriebe aufsuchen müsse. Dieses wurde von den Streikenden beschlossen und durchgeführt.

Gleichzeitig hat sich rasch die Idee ausgebreitet, daß außer den Versammlungen in den verschiedenen Bereichen eine Versammlung aller Eisenbahner der Stadt am Nachmittag notwendig wäre.

Der Montag war gut ausgefüllt: außer den Versammlungen, Besuch von mehreren hundert Eisenbahnern beim Postsortierbetrieb und bei der CRAM, wo ungefähr 50 Beschäftigte zum Diskutieren herausgekommen sind; Besetzung einer wichtigen Bahnkreuzung (die »côte 135«); Verteilung von Flugblättern in den Straßen von Rouen und – um ihre Wut zu symbolisieren – um 11 Uhr 30 gleichzeitige Auslösung aller Lokomotiv sirenen des Depots.

Auf der Versammlung aller Bereiche am Montag nachmittag waren **mehr als 1000 Eisenbahner anwesend**, das gab's noch nie! Auf der Versammlung ging es hoch her, und erneut verteidigte die Mehrzahl der Redner **die Idee, zu versuchen, den Streik zu verbreitern und andere Arbeiter gegen den Juppé-Plan mitzuziehen**. Es war beschlossen worden, an der berufsübergreifenden Versammlung in Rouen, die von der CGT und der Lehrgewerkschaft FSU für den nächsten Tag einberufen worden war, teilzunehmen. Erneut wurde die Idee, Arbeiter aus anderen Betrieben zu treffen, aufgebracht, und am Nachmittag machte sich eine Gruppe von ungefähr 25 Eisenbahnern auf, um vor **Renault-Cléon** ein Flugblatt zu verteilen.

Dienstag morgen waren noch genauso viele Menschen auf Streikposten, und alle Versammlungen beschlossen, den Streik massiv zu verlängern. Es gab eine gute Neuigkeit: Die Nachtschicht des **Postsortierbetriebs** hatten gestreikt und darüber hinaus einen verlängerbaren Streik beschlossen. Im Laufe des Morgens lief eine Gruppe von über tausend Eisenbahnern, die bis zur Versammlung vor der Präfektur, auf der – zusammen mit den Eisenbahnern – über 2000 Personen anwesend waren, noch anwuchs, durch die Straßen von Rouen. Tatsächlich hatten in zahlreichen Betrieben die Gewerkschaften **nicht** zur Arbeitsniederlegung aufgerufen. Trotzdem war die Demonstration, die sich der Versammlung anschloß, sehr dynamisch. Eine neue Parole, die von einigen

Eisenbahnern ausgegeben wurde, wurde von einem Teil der Demonstranten aufgegriffen: »**Generalstreik gegen den Juppé-Plan!**«.

Im Verlauf der Generalversammlung am Dienstag nachmittag, die alle Bereiche im Depot versammelte, wurde die Idee, am nächsten Tag massiv nach Renault-Cléon zu gehen, angenommen, wenngleich auch einige CGT-Verantwortliche der SNCF [Französische Eisenbahngesellschaft] (und angeblich auch welche von Renault Cléon) die Zahl der teilnehmenden Eisenbahner auf 150 begrenzen wollten, »um die Jungs aus Cléon nicht einzuschüchtern«. Ein Organisationskomitee, bestehend aus etwa 30 Leuten, aus den verantwortlichen Gewerkschaften, traf sich daraufhin, um diese Aktion vorzubereiten.

Mittwoch morgen herrschte dieselbe Entschlossenheit, den Streik fortzuführen.

## Bei der SNCF – in Rouen

**Die ersten Besuche bei Unternehmen, organisiert von den Eisenbahnern von Rouen und Sotteville, fanden ab Montag, dem 27. November, bei der CRAM und in der Postsortierstelle, die wenige Stunden nach den Eisenbahnern zu streiken begann, statt.**

Am Mittwoch, dem 29. November, sind ca. 400 Eisenbahner zum Schichtwechsel am frühen Nachmittag, zu Renault-Cléon gegangen. Am Haupttor war die Stimmung sehr dynamisch. Delegierte der CGT von Cléon riefen die Arbeiter aus Cléon auf, am folgenden Tag am Kampf der Eisenbahner teilzunehmen. An den fünf Toren der Fabrik gab es einige freundschaftliche Diskussionen zwischen den Eisenbahnern und Arbeitern aus Cléon, aber einige erinnerten sich auch mit Verbitterung daran, daß sie im Verlauf ihres Streiks 1991 isoliert geblieben und von den Gewerkschaftsführern im Stich gelassen worden waren.

Nach der Demonstration am Donnerstag, dem 30. November, auf der sich Studenten und Arbeiter versammelten, unter ihnen 1600 Eisenbahner, stieg die Stimmung noch um eine Stufe. Dies war sowohl im Verlauf der lokalen Versammlungen am Morgen, als auch auf der gemeinsamen Versammlung aller Streikenden, die nachmittags im Depot abgehalten wird und auf der täglich mindestens 500 Streikende aufmerksam den Reden zuhören, sichtbar.

Ein Organisationskomitee, bestehend aus ca. vierzig Personen, ist gegründet worden und trifft sich täglich, um Aktionen vorzuschlagen und vorzubereiten. Die Mehrheit der

**WIR GEHEN AUF DIE STRASSE,  
BEVOR WIR RAUSGESCHNISSEN WERDEN**





Komiteemitglieder wurde in den lokalen Versammlungen gewählt und wiedergewählt.

Am Montag, dem 4. Dezember, haben mehrere hundert Eisenbahner an Treffen mit Arbeitern an den Toren oder im Innern einer Reihe von Unternehmen teilgenommen: Ralston, Alstom, CPAM, CHU, Grande Paroisse, usw. Durch den Besuch bei Sernam wurde dieses Zentrum komplett bestreikt und das Unternehmen Calberson mußte seine Fahrer wieder nach Hause schicken. Dem Beispiel der Eisenbahner folgend, besuchten 200 Beschäftigte des **Postscheckamts** die **Beschäftigten der CPAM**, die für den Streik gestimmt haben.

Die Demonstration am Dienstag, dem 5. Dezember, hatte alle Teilnahmerekorde gebrochen, die Journalisten redeten von mehr als 20 000 Demonstranten. An der Spitze der Demonstration befanden sich ca. 3000 Eisenbahner, aus Cléon kamen ca. 500 Arbeiter. Bemerkenswert ist, daß es in zahlreichen Unternehmen des Privatsektors am Dienstag Arbeitsniederlegungen gab, die bisweilen verbunden waren mit einer großen Beteiligung an der Demonstration, insbesondere aus den Fabriken **Legrand**, **Rhône-Poulenc** und **Grande Paroisse**.

## Limoges

In Limoges, riefen – nach dem 23. November – die Gewerkschaften CGT, FO und CFDT zu einer Betriebsversammlung auf, während zur gleichen Zeit eine Betriebsratsitzung stattfinden sollte. Der Betriebsratsvorsitzende sollte dort bei dieser Gelegenheit 34 Entlassungen ankündigen.

Mit über 100 Leuten haben wir dann den Versammlungssaal besetzt und die Rücknahme der Entlassungen gefordert. Da sich nichts bewegte, sind auf Initiative einiger Delegierter der CGT gegen Ende des Morgens einige Kollegen zu anderen Abteilungen gegangen, um sie aufzufordern, sich uns anzuschließen.

So haben wir mit mehreren hundert Leuten die vier anwesenden Vorgesetzten am Gehen gehindert. Wir waren immer noch ungefähr hundert, als wir gegen 23 Uhr beschlossen, den völlig verwirrten Direktor abziehen zu lassen.

Am Freitag, dem 24., haben wir mit mehr als 500 Leuten eine Generalversammlung gemacht, die der Demonstration vorausging. Wir haben dort mit 92 Prozent für den Streik gestimmt, bevor wir an der Demonstration teilgenommen haben, die insbesondere in Limoges beeindruckend war.

Samstag morgen haben fast alle der Bahnbeschäftigten gestreikt. Wir waren mehr als 200 Leute auf der Versammlung am Morgen, auf der alle Gewerkschaften dazu aufriefen, den Streik fortzusetzen.

Montag fanden in verschiedenen Abteilungen große Versammlungen statt, und schließlich kam es zu einer wirklichen Demonstration, auf der mehr als 200 Eisenbahner gemeinsam eine Abteilung nach der anderen besucht haben.

Auf der Versammlung am Abend waren wir noch zahlreicher, 600, die fest entschlossen waren, weiterzumachen und erneut am Dienstag morgen, dem 28., gegen den Plan Juppé, gegen die Angriffe auf unsere Renten und gegen den Sanierungsplan zu demonstrieren.

Beiträge aus: Lutte Ouvrière vom 1. 12. und 8. 12. 1995 ■

## ■ ITALIEN:

# Auch ohne Berlusconi: Der Sozialabbau geht weiter. Gewerkschaften und Mitte-Links-Parteien stimmen zu.

Im Herbst 1994 entwickelte sich in Italien ein breiter Widerstand gegen die von der Regierung Berlusconi geplante Rentenreform. Diese sah einschneidende Kürzungen für alle

bestehenden und zukünftigen Renten vor. Geplant war außerdem eine längere Lebensarbeitszeit als Voraussetzung für die Rente. Der Widerstand dagegen wurde wesentlich von den Gewerkschaften getragen, die bei der Ausarbeitung des Gesetzes übergangen wurden. Die Rechtsparteien wollten die Kürzung der Renten ohne und gegen die Gewerkschaften durchsetzen. Die Rentenreform war somit auch Bestandteil des politischen Vorhabens der Rechten, die Stellung der Gewerkschaften in der Gesellschaft nachhaltig zu schwächen.

Dieses Ziel konnte Berlusconi nicht durchsetzen: Der Widerstand gegen die Rentenreform wurde so stark, daß das Gesetz zurückgezogen werden mußte und schließlich die Regierung selbst zum Rücktritt gezwungen war.

Nachfolger Berlusconis wurde Lamberto Dini, ehemals stellvertretender Vorsitzender der italienischen Staatsbank und des IWF. Er war Finanzminister der Regierung Berlusconi und als solcher der »Architekt« der gescheiterten Rentenreform. Er bildete eine Regierung von



»parteiunabhängigen Experten«, die sich im Parlament allerdings nicht auf das rechte Wahlbündnis stützt, sondern auf die Parteien, die zur Regierung Berlusconi in Opposition standen (PDS, Volkspartei, Grüne u.a.) sowie auf die Lega Nord, deren Rückzug aus der Regierung zum Sturz Berlusconi führte.

Die Sanierung der Staatsfinanzen ist angesichts der enormen Staatsverschuldung auch für die neue Regierung das oberste Anliegen, und die Reform des Rentensystems gilt als ein wichtiger Schritt zur Erreichung dieses Ziels. Die Erfahrungen der Regierung Berlusconi lehrten Dini jedoch, die Gewerkschaften in die Beratungen miteinzubeziehen. Nachdem Dini nun nicht mehr als Repräsentant der »faschistischen« Rechtsregierung auftrat, sondern die Unterstützung der linken Mitte hatte, waren die Gewerkschaften durchaus zu konstruktiver Mitarbeit bereit.

Um die Zustimmung der Gewerkschaften zu erlangen, mußte Dini von seinem ursprünglichen Plan einige Abstriche machen: Die geplante Abschaffung der Rente nach 35 Arbeitsjahren unabhängig vom Alter wird nicht sofort vollzogen, sondern schrittweise durchgeführt. Erst ab 2012 wird die beabsichtigte Einführung eines Mindestalters von 57 Jahren erreicht sein. Für die Jahre, die bis zum 62. Lebensjahr fehlen, werden Abzüge berechnet werden. Bis dahin soll es für die Berechnung der Renten auch eine neue Basis geben: Entscheidend soll nicht mehr das Einkommen der letzten fünf Jahre sein, sondern die eingezahlten Beiträge. Die Einmalzahlungen beim Übergang in die Rente (ca. ein Monatslohn pro Arbeitsjahr) sollen wegfallen und von den Tarifparteien neu geregelt werden.

Die Hauptlast der Rentenreform trifft damit die jüngeren ArbeiterInnen und diejenigen, die erst in den nächsten Jahren ein Arbeitsverhältnis beginnen. Darüber hinaus werden die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die größten Opfer

zu bringen haben. Es war sogar eine ausdrückliche Forderung der Gewerkschaften, die »Privilegien« des öffentlichen Dienstes abzuschaffen und für die dort Arbeitenden die gleichen Bedingungen herzustellen, wie sie in der Privatwirtschaft herrschen. So werden vor allem die sogenannten »Babypensionen« abgeschafft, das heißt die Möglichkeit, schon nach 15 oder 20 Dienstjahren in Rente zu gehen.

Bei ähnlichen Abkommen der Gewerkschaften mit verschiedenen Regierungen vor Berlusconi, zum Beispiel über die Privatisierung der staatlichen Industrie oder über die Abschaffung der »scala mobile«, gab es in den Jahren 1992 und 1993 heftige Proteste verschiedener Arbeitergruppen gegen diese Kompromisse. Nach den erfolgreichen Demonstrationen gegen die Rentenpläne der Regierung Berlusconi mußte die Gewerkschaftsführung nun erst recht Kritik von der Basis fürchten. Als im Mai 1995 die Verhandlungen mit der Regierung abgeschlossen waren, wollten die Gewerkschaften dem Vorwurf undemokratischer Praktiken entgehen und führten ein Referendum durch, bei dem die Mitglieder über eine Zustimmung oder Ablehnung des Abkommens entscheiden sollten.

Die Führungen setzten allerdings ihre ganzen Möglichkeiten ein, um ein »Ja« zu propagieren. Sie argumentierte vor allem mit dem Haushaltsdefizit, zu dessen Verringerung auch die Arbeiter ihren Beitrag leisten müßten und mit der Notwendigkeit einer stabilen Regierung als Voraussetzung zur Lösung der ökonomischen Probleme.

Die Kritik am Rentenabkommen war dennoch sehr stark und teilweise auch sehr heftig. Die »Einheitlichen Gewerkschaftlichen Vertretungen« in den Betrieben (Rappresentanze Sindacali Unitarie, RSU) übernahmen häufig die Funktion, den Protest zu organisieren. Diese RSUen bestehen seit 1993 und sind in etwa mit den deutschen Betriebsräten vergleichbar. Der radikalere Teil von ihnen ist in einer nationalen Koordination zusammengeschlossen, die eine überbetriebliche Kampagne für das »Nein« initiierte. Auf Betriebsversammlungen mußten sich die VertreterInnen der Gewerkschaftsführung zum Teil sehr heftige Kritik anhören und auf Initiative des COBAS, der »linksradikalen« Basiskomitees, gab es sogar vereinzelte Warnstreiks gegen die Pläne der Gewerkschaften. Höhepunkt der Aktionen waren zwei große Demonstrationen in Mailand am 13. Mai 1995 und in Rom am 24. Juni 1995.

In Mailand beteiligten sich etwa 100.000 und in Rom etwa 50.000 Personen. Erstmals kam es hier zu gemeinsamen Aktionen der gewerkschaftlichen Linken mit den »nicht-kompatiblen«, »antagonistischen« Arbeitergruppen wie COBAS u.a. In Rom organisierte allerdings jede Strömung einen eigenen Demonstrationzug, die sich dann zu einer gemeinsamen Abschlußkundgebung vereinigten. Es wäre wichtig, diese Ansätze weiterzuentwickeln und unabhängig von der jeweiligen Organisationszugehörigkeit den Widerstand gegen die Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die Erfordernisse der Kapitalverwertung zu organisieren. Die RSUen können hierfür ein geeigneter Rahmen sein, da in ihnen beide Strömungen vertreten sind. Da die Angriffe auf die ArbeiterInnen mit dieser Rentenreform noch lange nicht beendet sein werden, ist es auch zukünftig wichtig, die Diskussion um eine Strategie des Widerstands zu führen, der sich nicht der Logik des Kapitals unterordnet.

Trotz dieser Aktivitäten und trotz der großen Zustimmung, die die KritikerInnen des Abkommens in vielen

DER STAAT BRAUCHT 30 BILLIARDEN LIRE!  
(ca. 27 MRD. DM)





getrieben hatten, entschied sich die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder doch für den Rentenkompromiß. Daß die Abstimmung mit 63 Prozent Ja- und 37 Prozent Nein-Stimmen so deutlich ausfiel, liegt vor allem daran, daß auch die gewerkschaftlich organisierten RentnerInnen an der Abstimmung teilnehmen konnten, die von der Reform ja kaum berührt werden und fast die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder ausmachen. Aber auch ohne Berücksichtigung dieser Stimmen wäre das Rentenabkommen nicht abgelehnt worden. Während in den Großbetrieben des Nordens die Ablehnung eindeutig war, stimmten die ArbeiterInnen in den »roten Hochburgen« Mittelitaliens und die Beschäftigten in prekären Arbeitsverhältnissen überwiegend mit »Ja«. Viele ArbeiterInnen sehen angesichts der öffentlichen Schulden keine Alternative zum Abbau sozialer Errungenschaften und können diesem durchaus zustimmen, solange er sie selbst nicht übermäßig trifft. Darüber hinaus erschien die Regierung Dini vielen als die einzige Alternative zu einer neuen Rechtsregierung, und die Stabilität dieser Regierung schien ihnen wichtig, um weiteren Turbulenzen an den Finanzmärkten vorzubeugen. Die Gewerkschaftsführung konnte mit ihren Argumenten durchaus am Bewußtsein vieler ArbeiterInnen anknüpfen.

Die Unternehmer taten ein übriges, um die Akzeptanz des Kompromisses zu erhöhen. Abete, der Chef der Confindustria, des italienischen Arbeitgeberverbandes, erklärte, der Gesetzentwurf sei der Situation »nicht angemessen und nicht rigoros genug«. Während der Entwurf, den Dini als Minister Berlusconi vorlegte, für die Jahre 1995 bis 2004 eine Einsparung von 94 Billionen Lire gebracht hätte, ließen sich nun im gleichen Zeitraum nur noch 23 Billionen Lire einsparen. Der von den Gewerkschaften mit der Regierung ausgehandelte neue Gesetzentwurf konnte somit von den Gewerkschaften als das »kleinere Übel« dargestellt werden.

Durch die Vorlage des veränderten Gesetzentwurfs gelang es der Regierung Dini unter tätiger Mithilfe der Gewerkschaftsführung, die unterschiedlichen Interessen innerhalb der Arbeiterklasse auszunutzen und die politischen Spaltungen zu vertiefen. Die Regierung Berlusconi plante eine Reform der Pensionen, die alle ArbeiterInnen gleichmäßig

hart getroffen hätte. Er stieß damit auf den geschlossenen Widerstand der Gewerkschaften und scheiterte. Dini als Regierungschef beriet die Reform mit den Gewerkschaften, belastete einige Gruppen besonders stark, und sein Gesetz konnte trotz heftiger Kritik passieren.

Für die Herrschenden ist dies momentan die einzige Möglichkeit, den Sozialabbau durchzusetzen. Bedeutet dieser für viele ArbeiterInnen eine große Belastung, so zeigt allerdings die Kritik der Confindustria, daß den Unternehmern dieses Tempo noch lange nicht ausreicht. Bei einer Fortsetzung der Sparpolitik im jetzigen Tempo hätte Italien bis 1999, dem geplanten Datum der Einführung einer Euro-Währung, die Verschuldung von momentan 123 Prozent des Bruttosozialprodukts nur geringfügig verringert, aber noch lange nicht auf die im Maastrichter Vertrag geforderten 60 Prozent.

Diese Kritik des Kapitals muß aber nicht unbedingt bedeuten, daß dieses nun im nächsten Wahlkampf gegen eine Mitte-Links-Koalition Front machen müßte. Schließlich scheint dies die einzige Konstellation zu sein, die politisch einigermaßen stabile Verhältnisse garantiert und unter der sich Forderungen des Kapitals – wenn auch nur schrittweise – durchsetzen lassen. Denkbar wäre es daher auch, daß das Kapital einer eventuellen Mitte-Links-Koalition keinen Widerstand entgegengesetzt und diese stärker unter Druck setzen will, um weitere Zugeständnisse zu erlangen. Abete schließt daher seine Kritik an der Rentenreform mit der Vorhersage, daß »wir uns morgen wieder treffen werden, um über die Behandlung derjenigen zu reden, die schon in Rente sind.«

Auf parlamentarischer Ebene war Rifondazione Comunista (RC) die einzige Kraft, die die Rentenreform ablehnte. Sie kritisierte auch andere Formen des Sozialabbaus und konnte sich seit den letzten Wahlen organisatorisch festigen und an Einfluß gewinnen. Die Parteizeitung »Liberazione« erscheint seit Frühjahr dieses Jahres als Tageszeitung, und bei den Regionalwahlen im Mai konnte die RC den Stimmenanteil gegenüber den Parlamentswahlen 1994 von ca. sechs Prozent auf 8,5 Prozent ausbauen. Die Partei profitiert dabei auch von der fortgesetzten Rechtsentwicklung der PDS. Diese hat mittlerweile das »progressive« Wahlbündnis, dem 1994 auch die RC angehörte, aufgelöst und statt dessen ein neues Bündnis gegründet, das hauptsächlich den »linken« Flügel der gespaltenen PPI einschließt. Gemeinsamer Präsidentschaftskandidat ist Romano Prodi, von 1978 bis 1979 für die Christdemokraten Industrieminister und später Leiter des staatlichen Industriekonzerns IRI. Seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen, die er in einer Broschüre zusammengefaßt hat, sind vor allem durch die Verherrlichung des »freien Marktes«, der »Privatinitiative« und der »Flexibilität« gekennzeichnet. Seine Rhetorik ist diesbezüglich kaum von der Berlusconi zu unterscheiden. Ist dieses Programm auch nicht das der PDS, so scheint es mit deren Vorstellungen zumindest nicht unvereinbar zu sein.

Gegenüber dieser Politik der Anpassung an die Interessen des Kapitals gelingt es der Rifondazione Comunista, sich



»WENIGER ARBEITEN - ARBEIT FÜR ALLE«

als Partei des sozialen Protestes zu profilieren. Um so bedeutender sind daher die Diskussionen, die es innerhalb der RC um das Verhältnis zur Rentenreform und zur Regierung gab. Bereits unmittelbar nach dem Rücktritt Berlusconis gab es einen Dissens in der Parlamentsfraktion. Während die Mehrheit die Ernennung des »Experten« Dini zum Ministerpräsidenten ablehnte und sofortige Neuwahlen forderte, gab es bei einem Drittel der Fraktion »taktische Überlegungen« dahingehend, daß Dini momentan die einzige Alternative zu Berlusconi sei, und die Kommunisten außerdem nicht den Bruch des progressiven Wahlbündnisses um die PDS provozieren dürften.

Die Abweichler wollten auch weiterhin als linker Flügel in diesem Bündnis mitwirken und damit die Rechtsentwicklung der PDS aufhalten. Sie kritisierten, daß die Parteimehrheit ihre Politik lediglich auf die Interessen der Rationalisierungsverlierer stützen wolle und es unterlasse, ein Bündnis dieser Schichten mit den Gruppen der Werktätigen anzustreben, die im Zentrum der gesellschaftlichen Produktion stehen. Unter den gegebenen Bedingungen kann die von der Minderheit vorgeschlagene Politik aber nur auf eine Anpassung an die PDS hinauslaufen. Das Problem der »Regierungsfähigkeit« würde sich auch für die Rifondazione stellen und zu immer weiteren Zugeständnissen an die bürgerlichen Bündnispartner führen. Auf die soziale Mobilisierung der ArbeiterInnen und anderer von der Krise betroffenen Schichten müßte die Partei verzichten und sich ebenfalls den Zwängen der bürgerlichen Ökonomie unterwerfen. Ihre Anziehungskraft auf die Opfer der kapitalistischen Krise würde die Partei dadurch jedoch verlieren.

Die Auseinandersetzungen um diese Frage dauerten mehrere Monate an, und die Partei duldet es, daß die Fraktionsminderheit entgegen der Parteilinie bei mehreren Gelegenheiten für die Regierung Dini stimmte. Der Bruch war jedoch nicht mehr zu vermeiden, als die Minderheit auch für die Rentenreform stimmte, die Dini mit einem Vertrauensvotum verband. Dies betraf schließlich die Identität der Partei,

die die Aktionen der gewerkschaftlichen Linken gegen dieses Gesetz mit allen Kräften unterstützt hatte.

Dieser Konflikt ist jedoch nicht auf die Parlamentsfraktion beschränkt. In vielen Kommunen ist die RC in Mitte-Links-Koalitionen eingebunden und unterstützt dort auch KandidatInnen der ex-christdemokratischen PPI (Italienische Volkspartei) oder gar der Lega Nord, die sich nach ihrem Bruch mit Berlusconi und der ex-post- oder neo-faschistischen AN ein demokratischeres Image zugelegt hat.

RC ist eben keine Sekte unverbesserlicher »Altstalinisten«, wie es hier in verschiedenen Medien dargestellt wird, sondern ein Sammelbecken verschiedener Strömungen der italienischen Linken. Die Position eines »Euro-Kommunismus«, wie ihn Enrico Berlinguer in den siebziger Jahren propagierte, ist dort ebenso vertreten wie solche Strömungen, die diese Politik schon damals als sozialdemokratisch kritisierten. Auch die Parteiführung propagiert angesichts der ökonomischen Probleme und des Erstarkens der Rechtsparteien eine Zusammenarbeit aller »fortschrittlichen« Kräfte, womit auch die bürgerlichen Parteien gemeint sind. Sie fordern von diesen aber ebenso wie von der PDS eine stärkere Berücksichtigung der Arbeiterinteressen als Bedingung für ein Bündnis.

Die Partei selbst vertritt ein radikal-reformistisches Programm, das v.a. Beschäftigungsprogramme, Arbeitszeitverkürzung und die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten propagiert. In der Propaganda der Partei wird der Zerfall des sozialistischen Lagers und die Internationalisierung der Produktion nur unzureichend berücksichtigt. Insofern drücken sich bei den Wahlerfolgen der Rifondazione Comunista durchaus auch Illusionen aus über eine einfache Alternative zur staatlichen Deregulierung. Wenn es der Partei aber gelingt, die von der PDS enttäuschten ArbeiterInnen zu sammeln und auch außerparlamentarisch zu mobilisieren, kann sie für die Weiterentwicklung der italienischen Arbeiterbewegung eine positive Rolle spielen.